

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

21

Smart City

Digitale Lösungen für Zukunftsstädte

E-Government

- **Studie:**

Behörden schöpfen Digitalisierungspotenzial nicht aus

Titel

- **Digitale Daseinsvorsorge:**

Die Stadtwerke sind der natürliche Partner

Informationstechnik

- **115:**

Behördenrufnummer soll auch digitale Zugänge bieten



Praxis

- **Neckar-Odenwald-Kreis:**

Breitband im Rekordtempo dank privater Investitionen

Spezial

- **E-Government in Europa:**

Skandinavische Länder wie Dänemark sind Vorreiter

Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



NOLIS | Rathausdirekt

Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG.

www.nolis-rathausdirekt.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555



Liebe Leserinnen und Leser,

den Weg zur Smart City müssen Städte nicht alleine gehen. Ihnen steht ein starker Partner zur Seite: die eigenen Stadtwerke. Als Spezialisten für Infrastrukturen sind die kommunalen Unternehmen an der Entwicklung zur vernetzten Stadt maßgeblich beteiligt. Florian Bieberbach, Chef der Stadtwerke München, und Bernd Buckenhofer vom Bayerischen Städtetag erläutern, warum Stadtwerke die „logischen Erbringer“ der digitalen Daseinsvorsorge sind (*Seite 12*).



Die Stadt München sammelt bereits seit fünf Jahren Erfahrungen mit Smart-City-Lösungen. Im Projekt Smarter Together geht es um innovative Bürgerbeteiligung, nachhaltige Mobilität oder den Aufbau einer Smart-Data-Plattform (*Seite 18*). Auch Ulm erprobt den Nutzen digitaler Anwendungen. Eine wichtige Rolle spielt dabei eine offene und zentrale Datenplattform als Basisinfrastruktur. Der „Datenhub Ulm“ verknüpft bestehende Datensilos und verarbeitet sensorbasierte Echtzeitdaten. Die intelligente Bündelung von Daten soll in Ulm neue digitale Services ermöglichen (*Seite 20*).

Ein durch die jüngsten Ereignisse sehr aktuelles Beispiel für den Nutzen einer Smart-City-Lösung bietet Passau. Die von Überschwemmungen häufig betroffene Dreiflüßestadt hat kürzlich ein Frühwarnsystem installiert. Mit Hilfe von Internet-of-Things-Sensoren werden an neuralgischen Punkten Daten generiert, aus denen Flut-Hotspots errechnet werden (*Seite 22*). Das System trifft auf Basis der Echtzeitdaten gezielt Vorhersagen und alarmiert die Bürgerinnen und Bürger über bevorstehende Gefahrensituationen.

Ihr

Alexander Schaeff



CC ECM

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Vollständige E-Akte**
- **Dokumentenerfassung**
- **Prozessoptimierung
und Workflow**
- **Signatur und Freigabe**
- **Schnittstellen und
Integration**
- **Revisionssichere
Archivierung**

E-Government

- Niedersachsen:** Kommission unterbreitet Vorschläge für eine moderne Verwaltung 8
- Studie:** Das Bedürfnis nach digitaler Innovation ist groß 10

Titel

- Smart City:** Stadtwerke sind ideale Partner der Kommunen .. 12
- Stadtentwicklung:** Zentren digital erlebbar machen 14
- Facility Management:** Sensordaten richtig auslesen 16
- München:** Smarter Together öffnet neue Türen 18
- Ulm:** Datenplattform als Basisinfrastruktur 20
- Passau:** IoT-System warnt vor Starkregen 22

Informationstechnik

- I15:** Positive Bilanz nach zehn Jahren Regelbetrieb 24
- Kita-Lösungen:** Effiziente Vergabeprozesse in Kommunen 26
- Gütersloh:** Kita-Management überzeugt 28
- Fachverfahren:** Ordnungswidrigkeiten werden in Bremerhaven mobil erfasst 30

Praxis

- Neckar-Odenwald-Kreis:** Flächendeckend schnelles Internet 32
- Interview:** BBV-Geschäftsführer Manfred Maschek erklärt die Vorteile des privatwirtschaftlichen Glasfaserausbaus 33
- Kornwestheim:** Stadtgrün wird smart bewässert 34

Spezial

- E-Government in Europa:** Deutschland und Dänemark im Vergleich 36
- Decidim:** Bürgerbeteiligungsplattform kommt nach Österreich 38
- Interview:** Cédric Roy über seine Aufgaben und Ziele als Chef der Dienststelle für die digitale Verwaltung im Schweizer Kanton Wallis 40

Rubriken:

- Editorial 3
- News 6
- IT-Guide 42
- Vorschau, Impressum 50



Smarte Lebensräume

Städte wandeln sich zu Smart Cities. Einerseits müssen somit neue Herausforderungen angenommen und bewältigt werden, andererseits lassen sich bestehende Aufgaben besser lösen – sei es die Belebung der Innenstädte, das Thema Mobilität oder das Facility Management.

ab Seite 12

KGSt[®]-FORUM DIGITAL

06.10. bis 08.10.2021 LIVE aus dem WCCB



**Mittwoch, 6. Oktober
bis Freitag, 8. Oktober
LIVE aus dem WCCB
in Bonn**

KGSt[®]-Mitglieder profitieren besonders!

Als KGSt[®]-Mitglied wird pro Verwaltung nur ein Beitrag fällig, unabhängig davon, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen.

Jetzt anmelden:
[www.kgst.de/
forumsanmeldung](http://www.kgst.de/forumsanmeldung)

Seien Sie dabei!

Ob digitaler Wandel, strategische Steuerung oder Führungskompetenz, ob Smart City, OZG, Stellenbewertung oder neue Arbeitswelten: Das KGSt[®]-FORUM 2021 bietet ein breites Spektrum an kommunalen Inhalten, wie Sie es auf keiner anderen Veranstaltung finden werden. Freuen Sie sich auf drei spannende Kongresstage mit zahlreichen Neuheiten:

Ganz bequem von Zuhause!

Keine Anreise und im eigenen Bett schlafen. Schalten Sie sich digital zum KGSt[®]-FORUM 2021 dazu.

Und dennoch live dabei!

Verfolgen Sie ausgewählte Veranstaltungen im Stream live aus Bonn und kommen Sie in den Genuss exklusiver Digitalformate.

Auch digital mittendrin!

Ob vor dem Bildschirm oder in Bonn: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, sich aktiv an Ihren Veranstaltungen zu beteiligen.

KGSt

Kommunale Gemeinschaftsstelle
für Verwaltungsmanagement

Gereonstr. 18-32
50670 Köln

forum@kgst.de
+49 221 37689-60



twitter.com/k21news

IT-Planungsrat: Aktualisierte Website

Der IT-Planungsrat hat seine Website relauncht. Die Inhalte werden nun übersichtlicher und verständlicher dargestellt. Die Pflege übernimmt die FITKO.

- www.it-planungsrat.de

INGRADA: Auswertung von Meldedaten

Mit der neuesten Version des Geo-Informationssystems INGRADA web von Softplan können Meldedaten datenschutzkonform ausgewertet und dargestellt werden.

- www.ingrada.de

Altlandsberg: Eigenwirtschaftlich zum Giga-Netz

In Altlandsberg (Brandenburg) wird ein Giga-Netz eigenwirtschaftlich aufgebaut. Dazu hat die Stadt eine Kooperationsvereinbarung mit DNS:NET unterzeichnet.

- www.altlandsberg.de

Kreis Unna: Kitas und Co. auf einen Blick

Eine interaktive Kita-Karte bietet der Kreis Unna an. Angezeigt werden dort nicht nur Kitas, sondern sukzessive auch Angebote der Kindertagespflege.

- www.kreis-unna.de/kita

Kreis Borken

Digitale Sozialakte

Im Jahr 2021 stellen alle Jobcenter im Kreis Borken nach und nach auf die digitale Aktenführung und den digitalisierten Postein- und -ausgang um. Wie die nordrhein-westfälische Kreisverwaltung mitteilt, werden dazu alle bestehenden Akten von einem Dienstleister gescannt. Anschließend seien sie jederzeit und mit nur einem Klick für das Personal der Jobcenter verfügbar. Künftig sollen weitere Abteilungen der Sozialämter der Städte und Gemeinden im Kreisgebiet sowie der Kreisverwaltung Borken an die E-Sozialakte angebunden werden. Nach Angaben der Kreisverwaltung belaufen sich die Kosten für die digitalisierten Sozialakten jährlich auf etwa 130.000 Euro. Im Bereich des Jobcenters werde dies aus den Mitteln für Verwaltungskosten finanziert, die der Bund bereitstelle. Im Gegenzug ergeben sich dank der Digitalisierungsmaßnahmen für die öffentliche Hand deutliche Effizienz- und Einsparpotenziale.

<https://kreis-borken.de>

Eilenburg

Projekt mit ab-data

Die Große Kreisstadt Eilenburg in Sachsen bringt ein umfangreiches Digitalisierungspaket auf den Weg. Die hierfür nötigen IT-Komponenten liefert Software-Anbieter ab-data. Wie das Unternehmen mitteilt, umfasst dies unter anderem eine revisionssichere Archiv-, E-Akte- und Business-Intelligence-Lösung mit mobiler App-Nutzungsoption. Der erste Teil des Digitalisierungspakets bestehe aus der Lösung d.3 DMS/ECM. Mit ihr könne die Stadtverwaltung den Rechnungseingang und -workflow digitalisieren sowie ein E-Aktensystem aufbauen. Darüber hinaus erlaube die Lösung eine bidirektionale Integration mit dem in Eilenburg eingesetzten ab-data Web-Finanzwesen.

<https://eilenburg.de>

Kreis Sömmerda

Einheitliche IT

In der thüringischen Kreisverwaltung Sömmerda sollen künftig alle Verwaltungsebenen eine einheitliche IT-Infrastruktur nutzen können. Das Vorhaben KIDS (Kommunale Informations- und Datendienste Sömmerda) wird vom Freistaat mit Mitteln in Höhe von 3,3 Millionen Euro gefördert. Das teilt das Thüringer Finanzministerium mit. Die Gesamtkosten des Vorhabens belaufen sich auf rund 4,6 Millionen Euro. Projektleiter Marco Fischer erklärt: „KIDS stellt seinen Mitgliedern digitale und organisatorische Basisdienste mit dem Ziel zur Verfügung, die elektronische Verwaltung und das E-Government effizient und kooperativ umzusetzen, zu betreiben und weiterzuentwickeln.“

www.lra-soemmerda.de

Modellprojekte Smart Cities

Dritte Staffel startet

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat die Teilnehmer der dritten Staffel der Modellprojekte Smart Cities bekannt gegeben. 94 Städte, Kreise und Gemeinden sowie interkommunale Kooperationen aus ganz Deutschland haben sich laut BMI beworben, 28 Projekte wurden nun bezuschlagt. Alle Bewerbungen seien von je zwei externen Fachgutachtern anhand von zwölf Kriterien und des Leitthemas bewertet worden. In der dritten Staffel gefördert werden demnach die Städte Bochum, Detmold, Dresden, Einbeck, Geestland, Guben, Halle (Saale), Hannover, Hildesheim, Kempten (Allgäu), Konstanz, Linz am Rhein, Mühlhausen/Thüringen, Münster, Oberhausen, Pforzheim, Potsdam, Regensburg, Wuppertal und Würz-

burg, die Gemeinde Ringelai, die Kreise Gießen, Hameln-Pyrmont, Höxter, Kusel, Schleswig-Flensburg und Vorpommern-Greifswald sowie der Verband Rhein-Neckar. Unter dem Motto „Gemeinsam aus der Krise: Raum für Zukunft“ werden sie sektorenübergreifende digitale Strategien für das Stadtleben der Zukunft entwickeln und erproben. Die geförderten Projekte sollen aufzeigen, wie die Qualitäten der europäischen Stadt in das Zeitalter der Digitalisierung übertragen werden können. 300 Millionen Euro stehen laut BMI für die dritte Staffel zur Verfügung. Im Juni 2020 hat die Bundesregierung mit dem Konjunktur- und Zukunftspaket beschlossen, die Förderung der Modellprojekte Smart Cities auf insgesamt 820 Millionen Euro aufzustocken.

www.smart-city-dialog.de



Landkreis Starnberg: Zertifizierte IT-Sicherheit.*

Kreis Starnberg

Sichere Bürgerdaten

Das Informationssicherheitskonzept des Landratsamts Starnberg wurde jetzt nach ISO 27001 zertifiziert. Starnberg ist damit bundesweit die erste Kreisverwaltung, die den höchsten Standard für Informationssicherheit erhält. „Unsere Bürgerinnen und Bürger vertrauen darauf, dass ihre Daten in unserer Verwaltung sicher sind“, erklärt Landrat Stefan Frey. „Es muss daher alles dafür getan werden, um diese Daten abzusichern und unser Haus bestmöglich vor Diebstahl, Erpressung oder gar Sabotage zu schützen.“

www.lk-starnberg.de

Rheinland-Pfalz

Neuer CIO

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat mit Fedor Ruhose, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, einen neuen Beauftragten für Informationstechnik und Digitalisierung.

<https://mastd.rlp.de>

* Landrat Stefan Frey (l.) und IT-Leiter Thomas Eberhard (r.) nehmen die Zertifizierungs-Urkunde von Franz Obermayer von der complimant AG entgegen.

OZG

Nutzerkonto Bund für alle

Mit dem Nutzerkonto Bund stellt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) die zentrale Basiskomponente für die digitale Identifizierung und Authentifizierung von Bürgern im Rahmen der OZG-Umsetzung zur Verfügung. Bisher stand die Anbindung an das Nutzerkonto Bund nur Bundesbehörden offen. Nun eröffnet eine rechtliche Prüfung des BMI auch allen anderen Behörden von

Bund, Ländern und Kommunen sowie der mittelbaren Verwaltung den Zugang zum Nutzerkonto des Bundes und dessen Vorteilen für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen. Als erste Kommune hat Fürth die Anbindung vollzogen. Die bayerische Stadt bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern auf ihrem Service-Portal nun nicht nur die Identifizierung mit der BayernID, sondern auch mit dem Nutzerkonto des Bundes an.

www.id.bund.de

Anzeige

axians

Infoma

**EGAL WO
EGAL WANN
EGAL WIE**

MOBIL UND FLEXIBEL IM FINANZWESEN

Digitales mobiles Arbeiten, intuitive Bedienung, individuell gestaltete Arbeitsplätze und coole Standards! Unsere Modern Clients sind das neue Gesicht von Infoma newsystem – und Ihr Ticket für einen Arbeitsplatz 2.0. Arbeiten Sie egal an welchem Ort, egal zu welcher Zeit, egal mit welchem Gerät.



Alle Highlights auf einen Blick:
Film ab!



www.axians-infoma.de

VINCI
ENERGIES

Leistungsfähige Verwaltung

Norman IJsemann

Wie lässt sich die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung optimieren und sichern? Mit diesen Fragen hat sich zwei Jahre lang die Regierungskommission „Moderne Verwaltung für ein modernes Niedersachsen“ beschäftigt. Jetzt liegt der Abschlussbericht vor.

Eine zu lange Planungsdauer bei Großprojekten, unübersichtliche Förderungsstrukturen und mehr Unterstützung bei regionalen Planungs- und Entwicklungsprozessen: Diese Themen nahm die Regierungskommission „Moderne Verwaltung für ein modernes Niedersachsen“ unter die Lupe. Unter dem Vorsitz des Chefs der Staatskanzlei, Jörg Mielke, untersuchte die Kommission, bestehend aus Vertretern der Landesministerien, der kommunalen Spitzenverbände, der Wissenschaft, der Gewerkschaften sowie von Wirtschafts- und Umweltverbänden, zwei Jahre lang die Arbeitsweise der niedersächsischen Landesverwaltung. Die Landesregierung hatte die Kommission am 15. Januar 2019 eingesetzt. Das Ziel: Leistungsfähigkeit sichern und Empfehlungen zur Vereinfachung und Optimierung erarbeiten.

„Es hat sich gelohnt, insbesondere die Planungsdauer von Großunternehmen und die Förderstrukturen genau anzusehen“, resümiert Staatssekretär Jörg Mielke. „Zahlreiche Beschleunigungspotenziale und diverse Ansätze für Synergien konnten identifiziert werden. Jetzt geht es um die Umsetzung dieser Erkenntnisse und anschließend gerne auch um einen Transfer auf weitere Berei-

che.“ Für alle drei Arbeitsschwerpunkte der Kommission wurden Lösungsansätze erarbeitet, die nun sukzessive umgesetzt werden sollen.

Zunächst beschäftigte sich die Regierungskommission mit der Frage, ob eine grundsätzliche Strukturreform der Landesverwaltung nötig sei. In Niedersachsen war die letzte große Strukturreform im Jahr 2005 durchgeführt und in diesem Zuge die mittlere Behördenebene abgeschafft worden. Seither hat das Land eine zweistufige Verwaltungsstruktur. Ergänzend wurden im Jahr 2014 Ämter für regionale Landesentwicklung eingerichtet. Deren Aufgabe ist es, zusammen mit regionalen Akteuren Entwicklungskonzepte und Förderprojekte für die unterschiedlich geprägten Landesteile zu initiieren und zu realisieren. Eine Bündelungskompetenz für Großgenehmigungsverfahren besteht bislang jedoch nicht.

Als denkbare Muster einer Verwaltungsreform mit dem Ziel einer Bündelung von Ressortzuständigkeiten wurde das Modell der rheinland-pfälzischen „Struktur und Genehmigungsdirektionen“ in den Blick genommen. Eine so aufwendige Reform ist aber aktuell kein geeignetes Mittel für Niedersachsen. Im Gegenteil: Es muss davon ausge-

gangen werden, dass eine solche Reform zunächst zu mehr Selbstbeschäftigung der Landesverwaltung führen könnte. Die Verfahrensabläufe sollen nach Meinung der Kommission stattdessen durch gestraffte Verfahrensabläufe, die Bündelung von Kompetenzen, Synergien in der Förderlandschaft und eine verbesserte IT-Unterstützung optimiert werden.

Die Analyse von Großgenehmigungsverfahren und die Suche nach Beschleunigungspotenzialen war ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit der Regierungskommission. Dass bei der Verwirklichung großer Infrastrukturprojekte von der ersten Planungsidee bis zur Nutzung sehr viel Zeit vergeht, ist nicht nur ein niedersächsisches Phänomen. Daher richtete die Kommission ihren Blick über die Grenze hinaus. Da Großgenehmigungsverfahren in den Niederlanden bedeutend schneller verlaufen, haben sich Vertreter der Regierungskommission mit niederländischen Kollegen aus der Provinz Groningen getroffen und einen Vergleich zwischen den Verfahrensabläufen vorgenommen. Die Erkenntnisse flossen in die weiteren Überlegungen der Regierungskommission ein und wurden im Abschlussbericht berücksichtigt.

Grundsätzlich empfiehlt die Regierungskommission zur Beschleunigung den Aufbau einer digitalen Plattform für eine behördenübergreifende Zusammenarbeit, einen planerischen Bestandsschutz von Großprojekten, die Fortführung und Vertiefung von Instrumenten des Bundesgesetzes zur Beschleunigung von Investitionen sowie die Stärkung der Ämter für regionale Landesentwicklung in Genehmigungsverfahren. Letzteres soll gelingen, indem den Ämtern für die Projektkoordination und -leitung von großen Genehmigungsverfahren sowie zur Lösung von regionalpolitischen Konfliktfällen im Einzelfall auf Vorschlag eines Lenkungsausschusses auf Staatssekretärs-ebene die federführende Leitung übertragen wird.

Wie überall in Deutschland erhalten in Niedersachsen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Kommunen und Organisationen eine Vielzahl finanzieller Förderungen. Diese unterscheiden sich unter anderem nach Zweck, Umfang und Zielgruppe. In die Antragstellung, Prüfung,

Bewilligung und Abwicklung der einzelnen Fördermaßnahmen sind unterschiedliche Ministerien, Behörden und Stellen involviert. Es gibt keine zentrale Anlaufstelle für Antragstellende. Die Förderstruktur des Landes sollte deshalb laut der Kommission optimiert werden, sodass das Förderangebot für die Antragsteller transparenter und das Förderverfahren effizienter wird. Wo möglich und sinnvoll sollen Förderungen stärker bei der Niedersächsischen Förderbank (NBank) gebündelt werden – so zum Beispiel die Förderung von Kommunen und kommunalen Unternehmen. Die Kommission empfiehlt zudem den Aufbau einer digitalen Plattform für Förderprogramme als einheitliche Benutzeroberfläche.

Bei allen Überlegungen wurde die Digitalisierung in der Landesverwaltung stets mitgedacht. Zu allen Schwerpunkten wurden digitale Ansätze entwickelt. Zudem wurde innerhalb eines Workshops der Regierungskommission unter Leitung des Niedersächsischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung

(NSI) ein Thesenpapier mit Ideen und Vorschlägen zur Digitalen Verwaltung Niedersachsen 2050 erarbeitet. Dieses wurde in den Abschlussbericht aufgenommen und erläutert visionäre Ansätze für die digitale Zukunft der Landesverwaltung. „Die Workshop-Ergebnisse haben uns noch einmal vor Augen geführt, dass die größten Optimierungspotenziale in der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung der niedersächsischen Verwaltung liegen“, meint Staatssekretär Mielke. Deshalb gelte es, möglichst rasch die Datenverfügbarkeit zu erhöhen, eine integrierte digitale Plattform zu schaffen, KI-gestützte Verfahren zu etablieren sowie digitale Assistenz- und Dialogsysteme einzuführen. Für die gesamte Landesverwaltung ist nach Überzeugung der Regierungskommission die flächendeckende Einführung einer elektronischen Akte essenziell – gerade die Corona-Pandemie habe den Bedarf noch einmal verdeutlicht.

Norman Ilsemann ist Chef vom Dienst der Presse- und Informationsstelle der niedersächsischen Landesregierung.

Anzeige




OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

E-Akte im Jugendamt? Wir machen das schon.

Wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht, arbeiten Jugendämter noch effizienter. Die Enterprise Content Management-Software enaio® von OPTIMAL SYSTEMS garantiert die direkte Anbindung an die wichtigsten Fachverfahren wie z. B. PROSOZ 14plus, SoPart und KDO-Jugendwesen. So können Informationen problemlos miteinander verknüpft und revisions-sicher archiviert werden. [Digitalisierung. Wir machen das schon.](#)

optimal-systems.de/public

Software für Macher.

Innovation gefordert

Horst Robertz / André Schulz

Eine von VMware in Auftrag gegebene Studie zeigt: Den staatlichen Behörden gelingt es noch nicht, das vorhandene Digitalisierungspotenzial voll auszuschöpfen. Nur ein bisschen zu digitalisieren, reicht aber nicht mehr.

Nach über einem Jahr Pandemie stößt der öffentliche Bereich immer noch an seine digitalen Grenzen. Laut einer aktuellen Umfrage des Unternehmens VMware unter mehr als 1.000 Deutschen sind weniger als ein Fünftel der Befragten der Meinung, dass die staatlichen Behörden, mit denen sie interagieren, heute eine bessere digitale Erfahrung bieten als vor der Coronapandemie. Zum Vergleich: Während das Ergebnis der Studie für Großbritannien ebenfalls bei 18 Prozent liegt, sehen in Frankreich immerhin 24 Prozent der Befragten Fortschritte bei den digitalen Angeboten der Behörden. Trotz des digitalen Wandels gelingt es dem Staat hierzulande also nicht, das Interesse der Bürger nachhaltig zu wecken. Dabei würde knapp ein Drittel der Deutschen gerade mit staatlichen Behörden gerne stärker digital interagieren – ein Potenzial, das bisher nicht ausgeschöpft wurde.

Wie die zurückliegenden Monate gezeigt haben, tun sich bundesweit viele Ämter und Behörden schwer damit, auch nur teilweise auf mobiles Arbeiten umzusteigen. Oft fehlt es an technischen Gegebenheiten und infrastrukturellen Voraussetzungen. Vor allem für Schulen war die Schließung und Umstellung auf



Verwaltungen sollten Mitarbeitern ein mobiles Arbeiten ermöglichen.

das Homeschooling eine Zäsur, die deutlich machte, dass der Bildungsbereich bei der Digitalisierung hinterherhinkt. Bislang scheiterte diese meist am konkreten Handlungsdruck für ein Update der altbewährten Lehrmethoden.

Doch es ist Besserung in Sicht: Das kritische Thema Digitalisierung im öffentlichen Bereich wird durch staatliche Maßnahmen wie das Onlinezugangsgesetz (OZG) und den Digitalpakt Schule vorangetrieben. Laut OZG sollen Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 insgesamt 575 Verwaltungsleistungen digital zur Verfügung stellen. Obwohl von diesen viele

bereits online verfügbar sind – so können etwa das Kindergeld, BAföG oder Arbeitslosengeld auf elektronischem Weg beantragt werden – fehlt es insbesondere auf kommunaler Ebene noch an verfügbaren oder benutzerfreundlichen Online-Diensten. Das liegt meist an veralteten Fachverfahren, die nach heutigen Standards modernisiert werden müssten. Für die Bürger bedeutet das, dass sie viele Behördenangelegenheiten wie beispielsweise das Ummelden bei einem Wohnortwechsel, die Beantragung von Parkplaketten oder das Ausstellen von Geburtsurkunden noch nicht digital erledigen können, sondern vor Ort erscheinen

müssen. So ist es kaum verwunderlich, dass sie vom Digitalisierungsfortschritt auf Staatsseiten enttäuscht sind.

Dabei wäre das Mitmachpotenzial groß: Immerhin geben 57 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland an, dass sie „digital aufgeschlossen“ beziehungsweise „digitale Entdecker“ sind. Laut eigener Angabe würden sie sich darüber freuen, wenn Unternehmen und Behörden mehr digitale Erfahrungen und Dienstleistungen anböten und sie erwarten von den Stellen, mit denen sie interagieren, dass diese digitale Vorreiter sind. Darüber hinaus sind für die Befragten – ob in ihrer Rolle als Staatsbürger oder als Verbraucher – ein hohes Maß an Sicherheit und Datenschutz, eine unkomplizierte Nutzung über sämtliche Geräte hinweg sowie schnellere Serviceleistungen wichtig. Diese Begeisterungsfähigkeit ist für Länder und Kommunen eine echte Chance, die digitale Zukunft in den unterschiedlichsten Bereichen voranzutreiben.

Das Bedürfnis nach digitaler Innovation ist groß – vor allem, wenn es um nachhaltige Smart-City-Alternativen geht. So ist beispielsweise für 40 Prozent der Befragten die Realisierung einer intelligenten Abfalltonne, bei der Sensoren die Füllstände messen, ein wichtiger Schritt. Auf Basis dieser Daten kann spezielle Software eine optimale Route für die Müllfahrzeuge berechnen und auf das Navigationssystem im Fahrzeug übermitteln. Durch ein smartes Abfall-Management lassen sich die Ladekapazitäten der Behälter sowie Zeiteinsatz und Fahrwege opti-

mieren. 43 Prozent der Befragten könnten sich zudem für eine smarte Straßenbeleuchtung begeistern, bei der auf Basis von LED-Technologie die Lichtverhältnisse auf Straßen, Plätzen oder in Unterführungen intelligent und energieeffizient nach Bedarf gesteuert werden. Zusätzlich können die Lampen mit WLAN-Access-Points, Ladestationen für Elektro-Automobilität oder Sensortechnik zur Messung von Verkehrsaufkommen oder für die intelligente Steuerung der Parkplatzsuche ausgestattet werden. All diese Smart-City-Komponenten reduzieren den CO₂-Ausstoß und fördern die Nachhaltigkeit sowie die Aufenthaltsqualität.

Grundvoraussetzung für mehr digitale Innovation und umfassende Online-Services ist eine leistungsfähige IT. Allerdings fehlt es der öffentlichen Verwaltung oft noch an der entsprechenden Infrastruktur, passenden Security-Konzepten oder mobilen Endgeräten. Immer mehr Kommunen und Versorger entscheiden sich deshalb dafür, mit Dienstleistern zusammenzuarbeiten, die eine IT-Infrastruktur nach State of the Art als hybride Clouds anbieten. Das ermöglicht es, sensible Daten innerhalb der eigenen Netzwerke vorzuhalten, während die Anwendungen in der Cloud liegen und von den Möglichkeiten der agilen Software-Entwicklung profitieren. Neben den rechtlichen Vorgaben für sensible Bürgerdaten werden damit auch die Anforderungen an eine umfassende IT-Sicherheit erfüllt.

Nicht zuletzt sollte der Aufbau mobiler Arbeitsumgebungen möglich sein, sodass Mitarbeiter im Homeoffice sowie im Büro die glei-

chen Arbeitsbedingungen vorfinden und ein sicherer Zugriff auf alle Daten und Ressourcen auch von zu Hause aus gewährleistet ist. Selbst unter veränderten Bedingungen der Pandemie können auf diese Weise Bürgerdienste ohne Einschränkungen leistungsfähig bleiben und weitaus effektiver digitalisiert werden als bisher.

Fest steht: Wir brauchen mehr Digitalisierung, sowohl im Bereich der Online-Bürgerdienste als auch bei Smart-City-Lösungen. Dafür sind Investitionen in eine moderne IT-Infrastruktur sowie in mobile und flexible Arbeitsplätze notwendig. Nur so kann die öffentliche Hand Bürgerinnen und Bürger begeistern und schnell auf Krisen reagieren, seien es der Klimawandel oder die Covid-19-Pandemie. Es reicht nicht mehr, lediglich ein bisschen zu digitalisieren. Bund, Länder und Kommunen müssen digital denken und digital handeln.

Horst Robertz ist Senior Director Public Sector & Healthcare, Dr. André Schulz ist Strategic Account Executive bei VMware.

Über die Studie

Die von VMware in Auftrag gegebene Online-Umfrage wurde im November 2020 vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut YouGov unter 4.102 Verbrauchern in Großbritannien (2.069 Befragte), Frankreich (1.028 Befragte) und Deutschland (1.005 Befragte) durchgeführt. Sie wurden gebeten, ihre digitalen Erfahrungen in fünf Branchen, darunter der öffentliche Sektor, (auf lokaler sowie Landesebene) zu bewerten.

Digitale Daseinsvorsorge

F. Bieberbach / B. Buckenhofer

Der Wandel hin zur Smart City stellt die Städte vor neue Aufgaben. Kommunale Unternehmen wie etwa Stadtwerke sind die idealen Partner und logischen Erbringer der digitalen Daseinsvorsorge. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Beim Tag der Digitalen Daseinsvorsorge der Stadtwerke München und des Bayerischen Städtetags haben vor Kurzem über 100 Teilnehmende aus Rathäusern, kommunalen Gesellschaften und Wissenschaft ein Thesenpapier zum Stand und zur Zukunft kommunaler Plattformen und Dienstleistungen erarbeitet. Das Papier stellt heraus, dass Städte und Gemeinden zusammen mit ihren Stadtwerken für ihre Bürgerinnen und Bürger den allgemeinen und diskriminierungsfreien Zugang zu grundlegenden Gütern und Leistungen sichern. Kommunale Marktplätze sind seit jeher eine grundlegende Infrastruktur und Teil der Daseinsvorsorge. Das Gleiche muss für digitale Marktplätze, Plattformen, für lokale Angebote und insbesondere für Leistungen der Kommune gelten. Eine kommunale digitale Plattform darf nicht den globalen Tech-Konzernen überlassen werden.

Stadtwerke mit ihrer Stärke der lokalen Integration von Dienstleistungen sind dabei die idealen Partner für die Kommunen. Sie erbringen Leistungen schnell und bürgerfreundlich, sie gewährleisten Datensicherheit, Verlässlichkeit und Fairness und wahren demokratische Grundsätze. Digitale Technolo-



Stadtwerke sind auf dem Weg zur Smart City die idealen Partner.

gien können kommunale Dienstleistungen bürgerfreundlicher und effizienter gestalten. Im Hintergrund werden Infrastrukturen digitalisiert und Städte wandeln sich zu Smart Cities. Das ist digitale Daseinsvorsorge.

Daten sind die Basis für neue Geschäftsfelder, in denen öffentliche Unternehmen meist mit privaten Unternehmen im Wettbewerb stehen. Die aktuelle Strategie der Bundesregierung sieht vor, die innovative und verantwortungsvolle Datenbereitstellung und -nutzung in Deutschland signifikant zu erhöhen, damit neue, zukunftsgerichtete Geschäftsmodelle und Rollenprofile entstehen sowie Wachstum aus neuen Arten der Wertschöpfung generiert werden kann.

Große Plattformunternehmen generieren und nutzen Daten, um Dienste und Inhalte auf Nutzerkreise zu optimieren und ihre Geschäftsmodelle darauf aufzubauen. Kommunale Unternehmen hingegen sind auf das Gemeinwohl ausgerichtet und demokratisch kontrolliert. Somit sind sie die logischen Erbringer der digitalen Daseinsvorsorge. Die kommenden Jahre werden entscheiden, ob kommunale Unternehmen die direkten Beziehungen zu den Bürgern halten können oder sie an private Global Player verlieren. Das wäre problematisch, da Europa bei den Plattformen den Anschluss an die globale Entwicklung verloren hat. Zudem gibt es für Kommunalunternehmen hohe Innovationshemmnisse vor allem bei der digitalen

Daseinsvorsorge durch Vergabe-recht, Kommunalrecht (eingeschränkte Skalierungsfähigkeit neuer Geschäftsmodelle) oder die PSI-Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors. Diese manifestieren sich gegenüber privaten Unternehmen zunehmend als Wettbewerbsnachteile.

Kommunale Unternehmen im Energie- und Verkehrsbereich sind Vorreiter im Klima- und Umweltschutz. Sie verbessern jedes Jahr ihre ökologische Bilanz. Sie investieren in digitale Transformation und Innovation, um kundenorientierte, zukunftsfähige, flexible sowie preisgünstige Services und Produkte anzubieten und zu verbessern. Daten zu erheben stellt für sie keinen Selbstzweck dar – dies gewährleistet vielmehr die Qualität von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, deren Weiterentwicklung und den Ausbau des Angebots für die Bürger. Sollten globale Plattformunternehmen hier die Kundenschnittstellen übernehmen, würden kommunale Unternehmen aus margenträchtigen Geschäftsfeldern verdrängt werden. Viele der heutigen Leistungen wären dann nicht mehr finanzierbar, sie entfielen oder würden deutlich teurer. Ein Beispiel: Wachsende Ballungsräume müssen weiterhin kostengünstige und emissionsarme Mobilität gewährleisten. Ein nachhaltiger Verkehr im Sinne der Daseinsvorsorge bedeutet, auch unwirtschaftliche Gebiete mit öffentlichem Nahverkehr zu erschließen und sich nicht die Rosinen herauszupicken – private Anbieter könnten auf Basis von Streckenauslastungsdaten beispielsweise ausschließlich wirtschaftlich besonders rentable Strecken bedienen.

Kommunale Unternehmen sind für die mit der Digitalisierung einhergehenden Herausforderungen gut, aber noch nicht gut genug aufgestellt. Sie können die digitale Daseinsvorsorge aus eigener Kraft erbringen, müssen aber besser vor unfairen privatwirtschaftlicher Konkurrenz geschützt werden. Entscheidend ist, dass die Politik ein „Level Playing Field“ von kommunalen und privaten Unternehmen sicherstellt. Sollen Kommunale im Wettbewerb gegen globale Wettbewerber erfolgreich sein, müssen sie Skalenvorteile durch interkommunale Kooperationen erzielen und föderale Strukturen schaffen, um Kompetenzen zu bündeln. Sie müssen verstärkt Kooperationen vor Ort eingehen und vor allem schnell sein. Interoperabilität und gemeinsame Standards sind anzustreben.

Zudem braucht es eine rasche europäische Anstrengung, um den Rückstand bei Software, Plattformen und Digitalunternehmen aufzuholen. Das erfordert mehr als Regulierung. Die Digitalaktivitäten kommunaler Unternehmen können zu einer europäischen Initiative beitragen. Durch den Vormarsch privater globaler Plattformen wird der Staat in originären Aufgaben unterlaufen, insbesondere bei der Sicherstellung der digitalen Identität seiner Bürgerinnen und Bürger. Das erfordert schon allein aus übergeordnetem Interesse einen gesetzlichen Schutz kommunaler und anderer staatlicher Leistungen.

Digitalisierung macht Infrastrukturen verletzlicher, daher hat die Datensicherheit hohe Priorität. Die Hoheit über personenbezogene Daten, die bei der Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvor-

sorge entstehen, muss bei den einzelnen Bürgern liegen. Die Hoheit über sonstige Daten aus Daseinsvorsorge und öffentlichem Raum bei den Kommunen. Open-Data-Regulierungen dürfen kommunale Unternehmen gegenüber privaten nicht benachteiligen. Wenn Kommunale ihre Daten öffentlich machen müssen, gilt das auch für Private.

Die Bürger erwarten von kommunalen Unternehmen eine hohe Sensibilität im Umgang mit personenbezogenen Daten, sie bringen ihnen einen großen Vertrauensvorschuss entgegen. Daher müssen diese Unternehmen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auch sehr genau nehmen. Die Intentionen der DSGVO sind richtig. Dass sie in der praktischen Anwendung insbesondere für kleinere Kommunale aktuell kaum handhabbar ist, spielt den Internet-Konzernen massiv in die Hände.

Der Mehrheit der Bürger ist der Schutz personenbezogener Daten wichtig. Gleichwohl sind sie bereit, ihre Daten zur Verfügung zu stellen, sofern ihnen im Gegenzug ein angemessener Nutzen entsteht. Das gestattet datengetriebene Geschäftsmodelle auf Basis personenbezogener Daten grundsätzlich auch für kommunale Unternehmen. Bei Regulierungen zu Datenschutz und Open Data sollten Deutschland und die EU eigene Maßstäbe und strenge Regeln setzen. Dabei muss die öffentliche Hand ihre Marktmacht nutzen, um Standards durchzusetzen.

Florian Bieberbach ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH (SWM); Bernd Buckenhofer ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags.

Interaktive Erlebnisse schaffen

Birgit Brabeck

Der stationäre Einzelhandel verliert an Attraktivität, die Corona-Krise beschleunigt das Ladensterben zusätzlich. Mithilfe moderner Smart-City-Technologien können sich Städte zeitgemäß aufstellen und Innenstädte wieder beleben.

Reihenweise leere Schaufenster in guten Lagen: Das Bild vieler Innenstädte, insbesondere der Einkaufsstraßen, verändert sich. Und während die Corona-Pandemie bei zahlreichen Online-Händlern einen Wachstumsschub auslöste, hat die Krise das ohnehin vorhandene Ladensterben noch beschleunigt.

Vielerorts treiben Stadtmarketing-Verantwortliche die Transformation mit einem Wechsel zu neuen Nutzungsformen aber stark voran. „Innenstädte und Ortskerne müssen angesichts der aktuellen Herausforderungen als Orte der Nutzungsvielfalt, der Kommunikation und der Lebensqualität gestärkt werden“, führt Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung City- und Städtemarketing Deutschland (bscd), aus. Das Stichwort lautet: Smart Cities. Um Leuchtturmprojekte bekannter zu machen, hat die bscd gemeinsam mit dem Handelsverband Deutschland (HDE) und dem Deutschen Städtetag (DST) den bundesweit ersten Best-Practice-Datenpool zertifizierter Projekte der Stadtentwicklung aufgesetzt.

„Für Händler und Dienstleister gibt es in Stadtzentren viele Möglichkeiten, ihre Angebote digital,



Virtuelle Bürgerbüros bieten Verwaltung und Bürgern Vorteile.

interaktiv und damit attraktiv und für Bürger erlebbar zu machen“, bekräftigt Frank Dittmar, Business Development Manager bei Pan Dacom Networking. Das Unternehmen ist neben sieben weiteren Digitalisierungsspezialisten Mitglied des Kompetenzverbunds Innovation Alliance, der unter Federführung von Cisco Kommunen und mittelständische Unternehmen bei Digitalisierungsvorhaben berät und Konzepte schafft, wie sich Smart Cities mithilfe moderner Technologien zeitgemäß aufstellen können. So lassen sich mithilfe von Collaboration-Lösungen und durch Video-, Audio-, Bildschirmfreigabe- oder Messaging-Funktionen etwa Online

Meetings oder Beratungen realisieren.

Unternehmen können ihr Angebot beispielsweise per Videokabine präsentieren. Interessant ist diese digitale Kontaktmöglichkeit unter anderem für Krankenkassen, Versicherer, Banken oder Reisedienstleister. Wer die Kabine betritt, wird im Live-Videochat begrüßt. Eine zum Kunden ausgerichtete Kamera überträgt das Bild zum Dienstleister. Mit einer zweiten Kamera, die für das Screensharing genutzt wird, sieht der Mitarbeiter die vom Kunden mitgebrachten Dokumente ein und beantwortet gezielt mögliche Fragestellungen. Sind die Kabinen mit

einem Unterschriften-Pad ausgestattet, lassen sich Aufträge und Verträge gleich rechtssicher online abschließen. Banken setzen die kollaborativen, barrierefreien Videolösungen bereits deutschlandweit ein. „Rund 250 Beratungsvorgänge lassen sich inklusive reversionssicherer Legitimation über die Videolösung abbilden. Damit können Kunden den Service auch auf Smartphones, Tablets oder Laptops von zu Hause oder unterwegs aus nutzen“, sagt Frank Nagel, Geschäftsführer der Firma xevIT.

Weitere digitale Möglichkeiten ergeben sich im lokalen Einzelhandel. Um etwa stationäre Handelsflächen mit E-Commerce-Kanälen und mobilem Shopping zu verknüpfen, können Händler auf die Software-Plattform ePOS (electronic Point of Sale) zurückgreifen. Auf der standardisierten Omnichannel-Plattform werden Produkt- und Kundendaten zusammengeführt, die für ein integriertes Shopping-Erlebnis erforderlich sind. Damit entstehen intelligente Verkaufsräume, welche die reale und virtuelle Welt innovativ verzahnen. Sieht ein Kunde zum Beispiel zu Hause Werbung für eine Jacke und erfährt in der Shop-App, dass sie im Laden um die Ecke verfügbar ist, hat aber noch eine Frage

zum Material, kann er über eine in die App integrierte Voice- und Videocall-Funktion im Laden anrufen. Fällt die Antwort zufriedenstellend aus, probiert er die Jacke im Laden an. Der dort integrierte interaktive Spiegel blendet auf Wunsch des Kunden weitere Farben des Modells ein. Entschließt er sich zum Kauf, bezahlt er über die App wie in einem Onlineshop. Die Anwendung ermöglicht somit eine durchgängige, kanalübergreifende Customer Journey.

Der Einsatz von Collaboration Tools kann aber nicht nur in Banken oder im stationären Einzelhandel sinnvoll sein – auch im Bereich der kommunalen Verwaltung birgt der virtuelle Weg Vorteile. Viele kennen das lange Warten auf den Amtsfluren und den damit verbundenen Stress. Bundesweit entstehen daher immer mehr digitale Bürgerbüros, die ergänzend zum Präsenzbetrieb virtuelle Kontaktmöglichkeiten bieten. Auf Basis einer Collaboration-Plattform wird das Angebot (Video, Chat, Messaging, Screensharing) in den Web-Auftritt des Bürgeramts eingebunden. Besucher finden dort eine Übersicht der für sie online zugänglichen Bereiche mit entsprechenden Öffnungszeiten, können diese betreten und die verschiede-

nen Möglichkeiten nutzen. Das Landratsamt Regensburg beispielsweise betreibt seit Sommer vergangenen Jahres erfolgreich ein virtuelles Bürgerbüro und hat das Angebot zügig ausgeweitet. Ämter und Bürger werden so entlastet, gleichzeitig profilieren sich Städte und Kommunen als bürgerfreundlich und am Puls der Zeit.

Die Digitalisierungsspezialisten der Innovation Alliance passen Collaboration-Lösungen wie Cisco Webex individuell auf die benötigten Beratungsformen oder Dienstleistungen an. Nach der Installation gehen sie in den Besitz der einzelnen Unternehmen über und sind auch als mobile Anwendung in Form einer App-Lösung auf Smartphones, Tablets oder Laptops verfügbar. Die Lösungen sind selbsterklärend und auch von weniger technisch versierten Personen gut nutzbar. „Für die Akzeptanz ist die einfache und intuitive Bedienung entscheidend“, meint Frank Dittmar. „Mit den digitalen Beratungsangeboten soll eine breite Bevölkerungsschicht angesprochen werden. Wer hier technisch kompliziert einsteigt, gewinnt keine Interessenten.“

Birgit Brabeck ist freie Journalistin in Köln.

Anzeige



Nutzerzentrierte Onlinedienste für Bürger*innen & Verwaltung!

Intelligente Antragsassistenten mit fachlicher Anbindung an weiterverarbeitende Systeme zur komplett medienbruchfreien Antragstellung und Verarbeitung.



Form[®]
Solutions

www.form-solutions.de

Aussagekraft erhöhen

Philip Breuer

Im Gebäude-Management bieten sich allerhand Einsatzbereiche für das Internet of Things. Um hierbei wirklich smart zu sein, reicht es allerdings nicht aus, Daten nur zu erfassen. Diese müssen mithilfe von CAFM-Lösungen auch korrekt interpretiert werden.

Kommunen stehen vor der Herausforderung, die fortschreitende Digitalisierung im Sinne einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung strategisch und am Gemeinwohl ausgerichtet zu gestalten. Insbesondere die unter dem Oberbegriff Internet of Things (IoT) stehende Vernetzung von Objekten und deren Kommunikation umfasst unterschiedliche Instrumente und Technologien, welche neue Chancen bieten, auf diese Herausforderung einzugehen.



Sensoren messen, ob die Turnhalle korrekt belüftet wird.

Eine Vielzahl an Anwendungsmöglichkeiten ergibt sich im kommunalen Facility Management. Die Datenerfassung mittels – zum Teil nachrüstbarer – funktionspezifischer Sensorik kann beispielsweise das Ziel haben, den Ressourceneinsatz zu optimieren, indem Energieverbräuche gemessen werden. Weitere Einsatzgebiete finden sich bei der Kontrolle des Raumklimas, wofür Daten zur Temperatur, zum CO₂-Gehalt oder zur Lichtstärke erhoben werden. Werden auch Bewegungen erfasst, lässt sich beispielsweise das Öffnen von Türen und Fenstern nachvollziehen, die Raumbelastung oder die Zutrittskontrolle steuern.

In den genannten Fällen mündet eine dezentrale Datenerfassung in

einer zentralen Datenbank, idealerweise visualisierbar über Dashboards. Die alleinige Darstellung der gesammelten Daten hat indes oft nur bedingt Aussagekraft. Absolute Zahlen und Verbrauchswerte im Energie-Management erlauben beispielsweise keine qualitativ begründete Beurteilung ob deren Relevanz. Erst die kontextuelle Betrachtung setzt die Daten in Relation zu Entstehungsorten und -szenarien und verleiht ihnen somit Substanz, macht sie vergleichbar und ermöglicht die Initiierung strategisch ausgerichteter Prozesse.

Hierzu nachfolgend zwei Gedankenspiele aus der Praxis. Fall eins: Im Dashboard der Sensordatenerfassung werden im Monat August

rund 2.000 Impulse für den Messpunkt eines Kaltwasserzählers vorgetragen. Eine korrekte Entschlüsselung der empfangenen Datenpakete vorausgesetzt, erlaubt die Darstellung allenfalls noch Rückschluss auf eine Übersetzung von zehn Litern pro Impuls. Wie wäre also dieser Verbrauch von 20.000 Litern Wasser zu bewerten? Gibt es eine Leckage in der Leitung oder ist der Wert unauffällig? Ist eine Einschätzung allein auf dieser Grundlage überhaupt möglich? Dazu müsste zunächst der Ort des Verbrauchs identifiziert werden. Im genannten Beispiel handelt es sich um eine Kindertagesstätte. Die Richtlinie VDI 3807 (Verbrauchskennwerte für Gebäude) weist einen jährlichen Richtwert von 415 Litern pro Qua-

dratmeter Nettogrundfläche für diese Gebäudekategorie aus. Bei arithmetisch gemittelter Interpolation ergäbe das einen Verbrauch von rund 35 Litern pro Quadratmeter Nettoraumfläche je Monat. In unserem Fall ergäbe sich bei einer Nettoraumfläche von 600 Quadratmetern ein Richtwert von 21.000 Litern Wasserverbrauch.

Der festgestellte Verbrauch befindet sich also durchaus in der Nähe des Richtwerts und somit im vermeintlich sicheren Bereich. Dass im August die Kindertagesstätte allerdings ferienbedingt zur Hälfte geschlossen hatte und somit keine Nutzer Wasser verbrauchen konnten, relativiert den Wert in die eine Richtung. Der Fakt, dass die Kita eine gepflegte Außenanlage hat, welche vor allem in den Sommermonaten ausgiebig bewässert werden muss, relativiert den Wert wieder in die andere Richtung. Der Wert aus dem Dashboard kann also für sich genommen noch keine Aussagekraft besitzen.

Fall zwei: Für Februar 2021 melden die angebrachten Sensoren ei-

nen erhöhten Luftfeuchtigkeitswert in der Turnhalle. Wie lässt sich dieser erklären? Ein Blick in den Belegungskalender verrät, dass laut Coronaschutzverordnung in diesem Zeitraum weder Schul- noch Vereinssport in der Halle stattgefunden haben. Der Feuchtigkeitswert hat seinen Ursprung demnach nicht in den Folgen körperlicher Aktivität und der konstanten Nutzung der sanitären Anlagen. In diesem Fall wäre durchaus eine Kontrolle angebracht, ob das Objekt auch in außerbetrieblichen Zeiten korrekt belüftet wird. Temperatursensoren könnten zusätzliche Hinweise auf eine sich eventuell konkretisierende Schimmelbildung liefern.

Wie aber lassen sich die bereitgestellten Daten im Praxisfall qualifizieren und die notwendigen Relationen herstellen? Wo wird eine Zugriffsmöglichkeit auf zusätzlich benötigte Informationen vorgehalten? An dieser Stelle betreten Lösungen für das Computer Aided Facility Management (CAFM) das Spielfeld. Eine gepflegte CAFM-Anwendung kennt Gebäudekategorien und Flä-

chen, Normen, Richtlinien und Vergleichskennwerte, Verträge, Raumbelagungen und periodisch wiederkehrende, technische und infrastrukturelle Leistungen. Modular ausgerichtete Anwendungen holen sich themenbezogen die jeweils bereitgestellten Daten ab und erlauben eine Weiterverarbeitung im Sinne einer kontextuellen Betrachtung. Der Fortschritt digitaler Technologien lässt sich also zunehmend auf das kommunale Gebäude- und Facility Management übertragen, sofern die gelieferten Daten praxisnah interpretierbar sind.

Smart ist demnach nicht die alleinige Erfassung, Transition und Bereitstellung von Daten. Smart ist erst die daraus resultierende Initiation intelligenter und softwareunterstützter Prozesse innerhalb nachhaltig ausgerichteter Umsetzungs- und Bewirtschaftungsstrategien.

Philip Breuer leitet bei der Communal-FM GmbH, Karlsruhe, die Entwicklung der webbasierten CAFM-Software COMMUNALFM.

Anzeige



Gestern: Warten ...

Experimentieren erlaubt

V. Stoppel / B. Klassen

Im Rahmen des Projekts Smarter Together konnte die Stadt München in den vergangenen fünf Jahren wertvolle Erfahrungen im Themenfeld Smart City sammeln. Die angestoßenen Vorhaben reichen von der Bürgerbeteiligung bis hin zu einer intelligenten Datennutzung.

Die bayerische Landeshauptstadt München hat sich 2016 mit Lyon und Wien zusammengetan und mit diesen das Projekt Smarter Together ins Leben gerufen. Im Rahmen des von der EU-Kommission geförderten Vorhabens haben die Partnerstädte in den vergangenen fünf Jahren innovative Smart-City-Lösungen entwickelt und erprobt. Gemeinsam sollten Antworten auf Zukunftsfragen der Stadtentwicklung gefunden werden, experimentieren war dabei ausdrücklich erlaubt. Ein wichtiger Aspekt war die integrierte Betrachtung von Maßnahmen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Stadtentwicklung: von der Bürgerbeteiligung über nachhaltige Mobilität, Sanierung und erneuerbare Energien bis hin zur integrierten Infrastruktur und intelligenten Datennutzung.

Um das Bewusstsein und die Akzeptanz der Bürger für den Prozess vor Ort zu erhöhen, grundlegendes Wissen über die geplanten smarten Lösungen zu vermitteln und zum Engagement aufzurufen, fanden in München 25 Ko-Gestaltungs- und Design-Workshops, sechs Techno-

logie-Workshops sowie fünf Mobilitäts-Workshops statt. Darüber hinaus wurden mehr als 4.000 Besucherinnen und Besucher im Stadteillabor begrüßt.



München App: Ein Ergebnis von Smarter Together.

Die Stadt konnte dabei wertvolle Erkenntnisse sammeln, so etwa, dass innovative Bürgerbeteiligungsformate generell wichtiger werden, jedoch mit ausreichend Vorlauf vor der Umsetzungsphase eines Projekts geplant werden sollten – wobei eine konkrete Umsetzungsperspektive die Motivation zur Teilnahme deutlich erhöht. Auch erleichtert die Kombination aus inhaltlich tiefen und niederschweligen For-

maten die Ansprache einer breiten Bevölkerungsschicht. Die Verschränkung von Vor-Ort-Beteiligung und Online-Formaten ermöglicht außerdem mehr Zielgruppen die Teilnahme.

Viel Pionierarbeit hat Smarter Together im Bereich der nachhaltigen Mobilität geleistet. Zentrale Idee der Stadt München war die physische Bündelung von Mobilitätsangeboten. Im Projektgebiet wurden dazu bis Anfang 2019 acht multimodale Mobilitätsstationen errichtet, die Sharing-Angebote und Elektromobilität mit dem klassischen Angebot des öffentlichen Nahverkehrs vernetzen. Durch diese Bündelung sind eine hohe Sichtbarkeit und

leichte Auffindbarkeit der neuen Mobilitätsangebote gegeben. Im Laufe des Projekts zeigte sich, dass die Angebote einer Shared Mobility von den Bürgern angenommen und

Link-Tipp

Weitere Details zum Projekt Smarter Together gibt es auf der Website der Stadt München:

- <https://tlp.de/4ygb>

mit klassischen Verkehrsmitteln kombiniert werden. Neue Mobilitätssysteme müssen allerdings erst erlernt werden. Das benötigt Zeit und Aufklärungsarbeit. Seitens der Stadt und des Betreibers sind zudem neue Prozesse und Organisationsformen sowie ein spezifisches Betriebskonzept für die Angebote erforderlich. Ihr volles Potenzial kann Shared Mobility durch die Verknüpfung mit einem digitalen Informations- und Buchungsangebot wie der München App entfalten. Die bayerische Landeshauptstadt strebt nun den weiteren Ausbau der vernetzten Shared-Mobility-Angebote an.

Dem Thema Daten näherte sich das Smarter-Together-Team der Stadt München aus unterschiedlichen Blickwinkeln: Zum einen ging es um die Erhebung von Daten und darum, wie innovative Ideen und Technologien eingesetzt werden können, um bestehende Daten zu ergänzen. Zum anderen sollte eine Plattform entstehen, die städtische Daten sammeln und verknüpfen kann, um sie im nächsten Schritt

auszuwerten und so einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft zu schaffen. Besonders in diesem Bereich war die integrierte Herangehensweise über verschiedene Referate von großer Bedeutung.

Konkrete Projekte im Bereich Daten waren intelligente Lichtmasten mit Smart-City-Sensorik, eine Smart-Data-Plattform sowie die München App. Die integrierte Darstellung von Daten auf Basis einer städtischen Datenplattform kann nützlich für die Stadtplanung sein. Eine solche Plattform sollte bestehende Infrastrukturen integrieren, auf etablierten technischen Standards basieren und Herstellerabhängigkeiten ausschließen.

Die Erzeugung, Bereitstellung, Analyse und der Austausch von Daten sind wichtige Grundlagen zur Entwicklung einer lebenswerten Smart City. Städte sollten eine Datenaustauschkultur etablieren, welche die umfangreichen Qualitätsansprüche an solche Daten berücksichtigt. Smarter Together hat mit der Smart-Data-Plattform einen

Grundstein für die koordinierte Herangehensweise an die Sammlung, Qualitätssicherung und Auswertung städtischer Daten gelegt. Der Aufbau eines modernen Monitoring-Systems für die Stadt München erfordert nun den Ausbau von Expertenwissen in den Bereichen Datenanalyse und -Management.

Durch Smarter Together haben sich für die Smart-City-Entwicklung in München viele Türen geöffnet, auch zur Weiterführung der angestoßenen Projekte. Dabei spielte die Organisation des Wissenstransfers innerhalb der Stadt eine wichtige Rolle. Smarter Together hatte darüber hinaus Einfluss auf zahlreiche Entwicklungen in München und wird auch weiter prägend sein, beispielsweise durch den Digitalen Zwilling und das Förderprojekt Connected Urban Twins sowie durch die Einbettung der smarten Themen in den Alltag der Stadtverwaltung.

Verena Stoppel und Bernhard Klassen sind Projektkoordinatoren von Smarter Together München.



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Digitalisierung im Quartier

N. Wingartz / J. Mofina

Im Quartier am Alten Eselsberg erprobt die Stadt Ulm den Nutzen digitaler Lösungen für die Stadt von morgen. Ein übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung einer offenen und zentralen Datenplattform – des Datenhub Ulm.

Im Zuge der digitalen Transformation werden in den Städten die Karten neu gemischt. Das gilt für die Lebensqualität, die Standortpolitik sowie die Stadtentwicklung. Für Ulm geht es dabei nicht nur um den Aufbau von Infrastrukturen und smarte Anwendungen, sondern auch um eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung. Die digitale Stadtentwicklung ist ein Treiber für die Standortfaktoren Wirtschaft und Arbeit, forciert die Verwaltungsmodernisierung in Richtung Nutzer- und Querschnittsorientierung sowie Lösungskompetenz und stärkt die Zivilgesellschaft. In Ulm wird der Ansatz „Digitalisierung von unten“ genannt und setzt auf einen starken Einbezug der Stadtgesellschaft. Die Grundsätze lauten: offen, für alle, clever und nachhaltig.

Im Projekt Zukunftskommune@bw, das im Rahmen des gleichnamigen Wettbewerbs vom Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg gefördert wird, erprobt Ulm den Nutzen digitaler Lösungen für die Stadt von morgen. Erlebbar gemacht wird das im Quartier am Alten Eselsberg. Basierend auf den Ergebnissen eines Beteiligungsprozesses, in dem die Ideen und Bedürfnisse der Menschen im Quartier abgefragt

wurden, hat der Ulmer Gemeinderat zwölf digitale Projektideen zur Umsetzung beschlossen.

Übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung einer offenen und zentralen Datenplattform als neue Basisinfrastruktur. Das Projekt läuft von Oktober 2018 bis Dezember 2021 und wird von der Geschäftsstelle Digitale Agenda der Stadt Ulm geleitet. Das Unternehmen City & Bits unterstützt die Kommune bei der Projektsteuerung. Auch findet eine universitäre Begleitforschung zu Themenschwerpunkten wie der crossfunktionalen Zusammenarbeit statt. Um ein agiles Erproben digitaler Wege zu ermöglichen, wird ein quartiersbezogener Ansatz verfolgt und auf einen breiten Einbezug der Bürgerschaft gesetzt – von der Ideenfindung bis hin zur Realisierung. Dabei wird prototypisch vorgegangen, die Projekte werden also schrittweise umgesetzt und durch Feedback-Schleifen bürgernah gestaltet. Lösungen können auf diese Weise erprobt, evaluiert und schließlich auf andere Quartiere übertragen werden.

Das Projektgebiet Alter Eselsberg gestaltet sich hinsichtlich seiner 8.700 Bewohnerinnen und Bewohner sowie des Städtebaus recht heterogen. Im Nordwesten von Ulm trifft das größte Neubaugebiet der Stadt – Am Weinberg – auf die gewachsenen Strukturen des Alten Eselsbergs. Insgesamt gliedert sich das Projekt in vier Handlungsfelder, in denen digitale Projekte bearbeitet werden sowie ein fünftes Handlungsfeld zur Datenplattform. Schon jetzt können am Eselsberg zahlreiche Umsetzungsprojekte begutachtet werden. Das Balkonphotovoltaik-Projekt etwa ermöglicht es den Bewohnern, an der Energiegewinnung teilzuhaben. Erste Wohnblöcke sind bereits ausgestattet und der selbst erzeugte Strom wird genutzt. Ein besonderer Projekterfolg ist, dass das Antragsverfahren in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Ulm vereinfacht wurde.

Des Weiteren wurde gemeinsam mit dem Verein „engagiert in ulm“ sowie dem Quartiersmanagement am Eselsberg eine neue Datenbank für ehrenamtliches Kurzzeitengage-

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://www.zukunftsstadt-ulm.de/Eselsberg>
- <https://www.digital-bw.de/-/digitale-zukunftskommune-bw>



Ulm erprobt digitale Lösungen für die Stadt von morgen.

ment aufgebaut. Dort können Interessierte Möglichkeiten zum Mitmachen entdecken oder sich benachrichtigen lassen, wenn ein passendes Angebot eingeht. Im Bereich Mobilität entsteht der Pilot einer Mobilitätsstation. Hier sollen Erfahrungen mit Carsharing, E-Ladesäulen und dem Entleihen von E-Lastenrädern gesammelt werden. Im Bereich Handel wurde in einer Testphase ein Online-Wochenmarkt erprobt: Das Start-up *mein-wochenmarkt.online* lieferte frische Waren per E-Lastenrad und E-Transporter an die Wohnungstür.

Für die ganzheitliche Betrachtung von Herausforderungen und Lösungen im Quartier ist das Zusammenfließen der Kompetenzen verschiedener Abteilungen zentral. Querschnittsorientierte Strukturen fördern den Austausch innerhalb der Fachbereiche und über Projektgrenzen hinweg, schaffen Synergien und ermöglichen es, Konflikte frühzeitig zu antizipieren. In Ulm wurden daher verschiedene Quartiersentwicklungsprojekte verknüpft: das Digitalisierungsprojekt *Zukunftskommune@bw*, das Förderprojekt *Inklusiver Alter Eselsberg*, das im

Rahmen von *Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten* vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg gefördert wird sowie die Entwicklung des Neubaugebiets *Am Weinberg*. Im Jahr 2018 wurde eine Koordinierungsgruppe eingerichtet, um die Projektaktivitäten mit ihren unterschiedlichen Organisationsstrukturen und Zeitläufen aufeinander abzustimmen. Entstanden ist eine Gruppe aus Akteuren der Fachbereiche Bildung und Soziales, Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sowie der Digitalen Agenda.

Für die Stadt Ulm sind Daten das neue Grundwasser. Daher wird eine urbane Datenplattform, der Datenhub Ulm, aufgebaut. Er soll die bestehenden Datensilos verknüpfen und als Hafen für sensorbasierte Echtzeitdaten dienen. Die intelligente Bündelung von Daten ist entscheidend, um neue digitale Services zu ermöglichen. Standards zur Bereitstellung und zum Umgang mit Daten sind wichtig, um Datensicherheit und -ethik umzusetzen. Auf Basis dieser Ulmer Smart-City-Plattform sollen dann nutzerzentrierte Anwendungen

entwickelt werden, die das Leben der Stadtgesellschaft verbessern. Neben der Funktion, Daten zu speichern und sie den Nutzern kontrolliert, also rollenbasiert, zur Verfügung zu stellen, soll die Möglichkeit zur Datenauswertung mithilfe von Drittanwendungen bestehen, die dann wiederum über die Plattform zugänglich gemacht werden können. Gemäß dem Open-Data-Grundsatz soll ein Zugang für Verwaltung, Bürgerschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zu öffentlichen Daten entstehen. Zentral sind Datensouveränität und Transparenz. Der Aufbau des Datenhub wird durch die Zeppelin Universität Friedrichshafen wissenschaftlich begleitet.

Im Projekt *Zukunftskommune@bw* und im Quartier *Alter Eselsberg* wird die Blaupause für eine quartiersorientierte Digitalisierung entwickelt und sukzessive auf andere Quartiere übertragen. Das gilt für die Projekte, die Erkenntnisse und die Methoden der Projektarbeit. Diese reichen von den Herausforderungen im Quartier über die Entwicklung datenbasierter Services bis hin zur Einbeziehung der Bürgerschaft. Als Smart-City-Modellstadt des Bundes führt Ulm Erfahrungen aus den Quartieren im Projekt *Ulm4CleverCity* zusammen. Außerdem wird der Datenhub Ulm kontinuierlich zum urbanen Datenraum weiterentwickelt.

Nathalie Wingartz ist Projekt-Managerin bei der Geschäftsstelle Digitale Agenda der Stadt Ulm; Jens Mofina ist Geschäftsführer der Firma City & Bits.



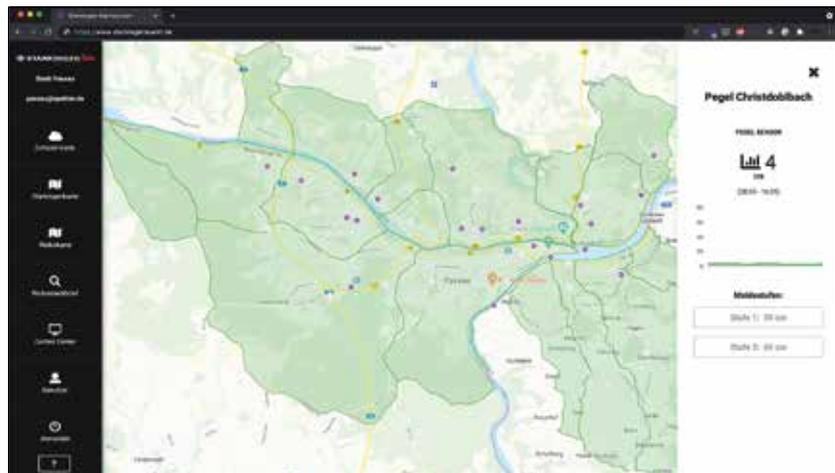
IoT gegen Hochwasser

Johannes Ollech / Matthias Falk

Verheerender Starkregen hat 2016 auch in Passau deutlich gemacht, welche Schäden eine solche Überflutung anrichten kann. Ein innovatives, auf IoT-Sensoren basierendes Frühwarnsystem sorgt nun dafür, dass die Stadt in Zukunft rechtzeitig reagieren kann.

Starkregen und Überflutungen sind ein komplexes Phänomen, in das zahlreiche Faktoren einfließen, darunter Topologie und Hydrologie, Kanalsysteme und Bauwerke, die Großwetterlage oder das lokale Mikrowetter. Die Firma Spekter hat über die Jahre beträchtliche Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt. Ihr bisher größtes Frühwarnsystem (FAS) wurde kürzlich in Passau installiert. Die Stadt war im Jahr 2016 von einem verheerenden Starkregen heimgesucht worden, der große Schäden anrichtete.

Der ganzheitliche Ansatz des FAS ist derzeit einmalig. Um ein solches System effektiv errichten zu können, ist es notwendig, die Lage vor Ort genau zu verstehen. Hydrologen analysieren hierzu detailliert das gesamte Einzugsgebiet mit seinen stehenden Gewässern und Flüssen. Aus der Kombination von Expertenwissen und Computermodellen werden kritische Bereiche errechnet, so genannte Hotspots. Hier kommt das Frühwarnsystem ins Spiel. Über das gesamte kommunale Gebiet werden mithilfe einer Vielzahl von Internet-of-Things (IoT)-Sensoren an neuralgischen Punkten Daten generiert. Die energieautarken und drahtlosen Sensoren der Firma Sentinum erfassen die Pegel-



Passau: IoT-System warnt rechtzeitig vor Starkregeneignissen.

stände kritischer Gewässer in Echtzeit. Dabei passen sie sich automatisch den Wetterbedingungen an. Bei einem konstanten Pegelstand werden in größeren Intervallen Messwerte übermittelt. Steigt der Pegel jedoch rasant an, wird die Messfrequenz systematisch erhöht, sodass ein genaueres Bild von der Entwicklung vor Ort entsteht.

Die generierten Datenpunkte werden in Echtzeit über Funktechnologien wie zum Beispiel LoRaWAN an das FAS übermittelt und dort weiterverarbeitet. So können auch entlegene Punkte im Einzugsgebiet erreicht und abgedeckt werden. Ein weiterer Vorteil der IoT-Sensoren ist der minimale Installations- und Wartungsaufwand. Während üblicherweise erhebliche Baumaßnah-

men ergriffen und zusätzliche Leitungen verlegt werden müssen, um Pegelstände zyklisch zu überwachen, können die intelligenten Sensoren innerhalb weniger Minuten an Bauwerken angebracht und aktiviert werden. Sie sind so konzipiert, dass sie nach der Installation über Jahre hinweg und ohne weitere Wartungsarbeiten zuverlässig messen.

Für das Passauer Frühwarnsystem wurden darüber hinaus an ausgewählten Punkten modernste Regenradarsensoren aufgestellt. Sie überwachen nicht nur kontinuierlich die genaue Menge des Niederschlags, sondern können auch zwischen verschiedenen Niederschlagsarten differenzieren. Das Überwachungssystem verfügt zudem über eine sekundäre Stromversorgung.

Nach einem Stromausfall kann es so bis zu zwölf Stunden weiter operieren und wichtige Daten aus dem Feld sammeln. Das kann unter Umständen entscheidend sein, denn wenn Einsatzkräfte direkt Informationen über das aktuelle Geschehen erhalten, können sie Hotspots identifizieren und so schneller und effektiver handeln. Komplettiert wird das System durch die Überwachung des Kanalsystems. Hierzu werden an Kanaldeckeln und in Sinkkästen spezielle Sensoren angebracht. Erkennt der Kanaldeckelwächter einen Überstau oder gar, dass sich ein Schachtdeckel aus der Fassung hebt, wird über den Cloud-Service des FAS sofort eine Alarmerung generiert. Das Kanalsystem dient damit als wichtiger Indikator für drohende Überflutungen.

Die sensorisch erfassten Messpunkte fließen in der Cloud des FAS zusammen. Neben den aktuellen Pegelständen und Niederschlagsmengen werden auch Wetterdaten des Deutschen Wetterdienstes in die Analysen und Modelle einbezogen. Am Ende entsteht ein ganz-

heitliches Bild der Gefahrensituation, das jeweils in Echtzeit aktualisiert wird. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Wetterlage lokal sehr großen Schwankungen unterliegen kann. Diese Mikrowettereffekte sind bei Starkregenereignissen besonders ausgeprägt. Umso wichtiger ist es, eine ortsabhängige Einstufung der Gefahrensituation vorzunehmen, in welche die spezifische Topologie einfließt.

Zugriff auf das Frühalarmsystem haben alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Passau. Über eine Anmeldung in der Starkregen App von Spekter kann sich jeder Bewohner über die aktuelle Wetterlage informieren. Außerdem alarmiert das System rechtzeitig über bevorstehende Gefahrensituationen, indem es auf Basis der Echtzeitdaten gezielt Vorhersagen trifft. In der Vorwarnstufe erhalten die Bürger, falls gewünscht, Push-Notifications oder eine E-Mail. Außerdem folgen nützliche Handlungshinweise, zum Beispiel „Rückstausicherungen prüfen“ oder „Dachluken schließen“. Warnstufe 2 alarmiert bei ei-

ner drohenden Überflutungsgefahr. Sollte eine Sturzflut bevorstehen, wird Warnstufe 3 ausgerufen. Alle angemeldeten Bürger werden dann sofort telefonisch, per SMS oder E-Mail alarmiert – und das bis zu 15 Minuten, bevor das Starkregenereignis stattfindet und es zu Überflutungen kommt. Das gibt den Bürgern, vor allem aber den örtlichen Einsatzkräften die Möglichkeit, rechtzeitig zu agieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Das Frühalarmsystem hilft der Stadt Passau, in Zukunft schneller und effektiver mit Starkregenereignissen umzugehen. Der skalierbare Aufbau sorgt außerdem dafür, dass das FAS stetig um neue Sensoren erweitert werden kann. Dank aktuellster Technologien in Kombination mit langjähriger Erfahrung lässt sich ein ganzheitliches IoT-System realisieren, das dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger dient.

Johannes Ollech ist Geschäftsführer der Sentinum GmbH, Nürnberg; Matthias Falk ist CTO der Firma Spekter, Herzogenaurach.

Anzeige

E-Rechnung

e-rechnungsgipfel.de

20. und 21. September 2021 in Neuss

Die Rechnung als Bindeglied zwischen Beschaffung und Liquidität



Agenda und Anmeldung

e-rechnungsgipfel.de

Telefonischer Lotse

Anne Gregor

Die Behördennummer 115 hat sich als erster Anlaufpunkt für Fragen rund um die Verwaltung etabliert. Nach zehn Jahren Regelbetrieb kann eine positive Bilanz gezogen werden. Künftig werden zusätzlich digitale Zugangswege angeboten.

Rundes Jubiläum feiert die Behördennummer 115: Zehn Jahre nach dem Start in den Regelbetrieb kann eine positive Bilanz gezogen werden. Über 550 Kommunen, 14 Länder und die gesamte Bundesverwaltung haben sich seit 2011 dem gemeinsamen Vorhaben angeschlossen. Seit 2018 ist die 115 zudem ohne Ortsvorwahl aus dem Ausland erreichbar. Das Anruf- und das Gesprächsaufkommen sind über die Jahre kontinuierlich gestiegen: Zu Beginn des Regelbetriebs verzeichneten die lokalen 115-Service-Center durchschnittlich 170.000 Anrufe pro Monat, im Jahr 2019 stieg das Gesprächsaufkommen auf 215.000 und 2020 pandemiebedingt sogar auf fast 300.000 Anrufe pro Monat. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie wurde offensichtlich, dass die Behördennummer 115 bei Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen als erster Anlaufpunkt für Fragen rund um die Verwaltung bekannt ist.

In diesem Jahr hat der 115-Verband die Weichen für eine Weiterentwicklung gestellt, welche die Behördennummer zum unverzichtbaren Bestandteil des modernen digitalen Bürgerservice machen soll. Geplant ist, neben dem bewährten telefonischen Kern zukünftig auch digitale Zugangswege an-



115: Bürgerservice hat eine Nummer.

zubieten, zum Beispiel einen Chatbot, ein Sprachdialogsystem und ein Kontaktformular. Damit erweitert die 115 ihre Erreichbarkeit auf 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche und kann neue Nutzergruppen ansprechen.

Eine repräsentative Befragung für den Deutschland-Index 2021 hat die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Ländern und Kommunen untersucht und bestätigt, dass immer mehr Menschen ihre Behördengänge online erledigen. Die 115 hat sich auf die Fahnen geschrieben, Bürgerinnen und Bürger durch die neue Vielfalt an Online-Leistungen

zu lotsen. Neben der telefonischen Beauskunftung sollen künftig auch Fragen begleitend zur Nutzung von Online-Angeboten der öffentlichen Verwaltung beantwortet werden. Hierfür sollen Portalangebote und Behördennummer sinnvoll verknüpft werden. Das macht die Behördennummer 115 zu einem starken Partner der OZG-Umsetzung. Wie dies konkret realisiert werden kann, wird in den nächsten Monaten in Arbeits-

Link-Tipp

Weitere Informationen zur Behördennummer 115 unter:

- www.115.de

gruppen und Gremien des 115-Verbunds sowie der OZG-Akteure erarbeitet und diskutiert werden.

Trotz der Digitalisierung bleibt die telefonische Erreichbarkeit wichtig. Denn viele Menschen wollen Informationen persönlich und mündlich erhalten. Ein Medium ersetzt deshalb nicht das andere, sondern beide ergänzen einander. Eines der besonderen Merkmale der Behördennummer ist, dass sie als gemeinsames Vorhaben von Kommunen, Ländern und dem Bund gestaltet ist und auf freiwilliger Basis funktioniert. Alle föderalen Ebenen sind Träger des 115-Service und gestalten gleichberechtigt den 115-Verbund. Austausch und föderal übergreifende Gremienarbeit waren und sind für diesen essenziell. Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor der Behördennummer ist ihr Serviceversprechen und das damit verbundene Qualitätsmanagement. „Nutzerorientierung ist die DNA der 115“, brachte es Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, auf der 8. Teilnehmerkonferenz des 115-Verbunds am 10. Juni 2021 im Roten Rathaus in Berlin auf den Punkt.

Grund genug für eine Betrachtung des Werdegangs: Wie gestaltete sich der Start der 115, welche Highlights waren zu erleben und welche Perspektiven zeichnen sich ab? Im Dezember 2006 griff der IT-Gipfel der Bundesregierung die Idee einer einheitlichen Behördenrufnummer nach dem Vorbild der 311 in New York City auf. Zur Umsetzung wurde die Projektgruppe D115 im Bundesministerium des Innern unter maß-

geblicher Unterstützung des Landes Hessen gegründet, die im Frühjahr 2007 ihre Arbeit aufnahm. Es folgte ein Interessenbekundungsauftrag zur Teilnahme an dem Pilotprojekt, dem erste Kommunen folgten. Alle Pilotteilnehmer brachten Erfahrungen, Beiträge und Ideen ein. Es wurde der größtmögliche Nenner erarbeitet, der Bund, Länder und Kommunen verbindet. Im November 2007 erschien ein vom BMI und dem Land Hessen gemeinsam erstelltes Grobkonzept, das die Grundzüge für den Aufbau und Betrieb der Behördennummer beschrieb.

Ein wichtiger Meilenstein wurde im Dezember 2007 mit der Zuteilung der Rufnummer 115 durch die Bundesnetzagentur erreicht. Damit konnte die technische Umsetzung beginnen. Hier stand neben der korrekten Weiterleitung von Anrufern an die für sie zuständigen 115-Service-Center auch das Wissensmanagement im Fokus – schließlich sollten allen 115-Servicekräften die gleichen Informationen zu Behördenleistungen zur Verfügung stehen. Dieses verbundübergreifende Wissensmanagement ist ein weiterer Erfolgsschlüssel der Behördennummer.

Im September 2008 wurde das Feinkonzept für die einheitliche Behördennummer veröffentlicht und erste 115-Agentinnen und -Agenten in den Modellregionen geschult. Mit der Bereitstellung der notwendigen Technikmodule startete im März 2009 mit einer Handvoll Kommunen der zweijährige Pilotbetrieb in den Modellregionen. Zu diesem Zeitpunkt konnten rund zehn Millionen Einwohner der am Testbetrieb teilnehmenden Kommunen den Service der 115 nutzen.

Bereits im April 2009 gingen 119.000 Anrufe über die Nummer ein, in den folgenden Monaten lag die Zahl der monatlichen Gespräche bei durchschnittlich 160.000.

Highlights waren auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu verzeichnen. So gewann das Projekt der Behördennummer 115 im September 2009 im E-Government-Wettbewerb von Bearingpoint und Cisco den ersten Preis in der Kategorie Innovation. Die Auszeichnung zeigte, dass sich die bisherige Arbeit gelohnt hatte und war Ansporn für die weiteren Aufgaben, die noch zu bewältigen waren. Auf dem IT-Gipfel im Dezember 2009 in Darmstadt informierte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel über den Stand des Projekts. Dabei überzeugte sie sich durch einen Anruf bei der 115 selbst von der Qualität des Services.

Während des Pilotbetriebs wurden weitere Schritte zur Vorbereitung des Regelbetriebs realisiert. Im März 2010 nahm beispielsweise das Gebärdentelefon der 115 seinen Dienst auf. Nach dem Abschluss der Pilot- und Projektphase begann schließlich am 14. April 2011 der offizielle Regelbetrieb. Im Dezember 2011 wurde die Bundesverwaltung mit über 80 Behörden und Institutionen vollständig an die 115 angeschlossen. Ein wahres Rekordjahr war 2012: Über 150 neue Kommunen traten dem Verbund bei. Damit verdoppelte sich die Teilnehmerzahl in jenem Jahr nahezu. Seitdem hat sich die Zahl der 115-Teilnehmer stetig erhöht.

Anne Gregor ist Mitarbeiterin bei der Geschäfts- und Koordinierungsstelle 115 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Alle Wünsche erfüllt

Maren Warnecke

Die Vergabe von Kita-Plätzen stellt viele Kommunen vor große Herausforderungen. Durch den Einsatz der Fach-Software NOLIS | Kita-Platz kann der Vergabeprozess effizienter gestaltet und der Aufwand für Verwaltungen, Kitas und Träger deutlich reduziert werden.

Bei der niedersächsischen Gemeinde Jork hat sich seit der Einführung von NOLIS | Kita-Platz hinsichtlich der Kita-Platzvergabe viel verändert. „Das Programm ist eine große Arbeitserleichterung für alle“, resümiert Sandra Cordes, Team-Leiterin Organisation und Personal, ein Jahr nach Freischaltung des Kita-Portals. Auf diesem präsentieren sich unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft alle Betreuungseinrichtungen der Gemeinde einheitlich und übersichtlich. Eltern finden somit alle Informationen, die sie benötigen, an zentraler Stelle.

Die Betreuungsangebote können mithilfe von Filtern durchsucht und so die passende Einrichtung gefunden werden. Auf der integrierten Karte lassen sich zum Beispiel nahegelegene Kitas oder solche, die auf dem Arbeitsweg liegen, schnell identifizieren. „Die Anmeldungen erfolgen dadurch zielgerichteter“, sagt Sandra Cordes. Die Vorteile von NOLIS | Kita-Platz weiß auch Cornelia Hanspach, verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der sächsischen Stadt Wurzen, zu schätzen: „Die Eltern können das Angebot online 24/7 nutzen.“ Zudem führe die Möglichkeit, sich auf digitalem Weg umfassend zu informieren, zu einer deut-

lichen Zeiterparnis.

Haben Eltern sich für eine oder mehrere Wunsch-Einrichtungen entschieden, erfolgt die Voranmeldung für einen Kita-Platz ebenfalls online. Dabei werden alle für die Platzvergabe relevanten Informationen abgefragt, so zum Beispiel die persönlichen Daten des Kindes, die Kontaktdaten der Erziehungsberechtigten oder die derzeitige Betreuung von Geschwisterkindern. Alle Betreuungswünsche werden in einem Vorgang gebündelt erfasst. Je nach Bedarf können Kommunen zwei bis fünf Wünsche je Kind abfragen. „Eltern müssen nicht alle Kitas besuchen, um sich dort anzumelden“, betont Hans-Jürgen Schenk, Verwaltungsleiter und Pressesprecher der Stadt Karben in Hessen. „Die Anmeldung ist unkompliziert, frühzeitig und von überall aus machbar.“

Direkt nach dem Absenden der Voranmeldung erhalten Eltern automatisch eine Eingangsbestäti-

gung. Eine Kopie des eingereichten Formulars lässt sich bei Bedarf für die eigenen Unterlagen speichern und ausdrucken. Gleichzeitig kann die Voranmeldung von allen Wunsch-Einrichtungen und von der Verwaltung eingesehen werden. Der Zugriff auf die Software erfolgt über den Webbrowser – eine Installation ist nicht erforderlich. Bei Bedarf wird bei neu eingehenden Voranmeldungen eine Information per E-Mail versandt, was eine zügige Bearbeitung gewährleistet.

Der anschließende Vergabeprozess erfolgt individuell auf die Anforderungen und Wünsche der jeweiligen Kommune abgestimmt. Aufgrund des umfangreichen Berechtigungssystems und verschie-



Startseite des Kita-Portals der Stadt Wurzen.

dener Konfigurationsmöglichkeiten lässt sich die Software einfach an die örtlichen Gegebenheiten anpassen. „In der Stadt Wurzen treffen die Kitas die letzte Entscheidung über die Aufnahme. Die Stadtverwaltung hat die Übersicht und klinkt sich bei Bedarf oder bei Rückfragen der Eltern ein“, berichtet beispielsweise Cornelia Hanspach. Anders handhabt es laut Hans-Jürgen Schenk die Stadt Karben: „Die Platzvergabe findet zentral in der Verwaltung statt.“ Bei der Gemeindeverwaltung Jork wiederum werden Plätze „gemeinsam mit den Leitungen der Kindertagesstätten vergeben“, sagt Sandra Cordes.

Bei der Vergabe der freien Plätze unterstützt NOLIS | Kita-Platz Verwaltungen und Kitas in vielerlei Hinsicht. So haben die Beteiligten seit Einführung der Software einen deutlich besseren Überblick über Auslastung und Bedarf, erklärt Stephanie Eicke vom Team Kinderbetreuung bei der Gemeinde Wennigsen (Deister). Ein zentraler Überblick sei für die Kommune zudem absolut praktisch bezüglich der Erfüllung des Rechtsanspruchs. Auch in der Gemeinde Jork kann man die benötigte Anzahl an Kita-Plätzen laut Sandra Cordes nun viel besser einschätzen. Wurden vor Einführung der Software für ein und dasselbe Kind oft Plätze in verschiedenen Kitas freigehalten, so sei bei den Kommunen, die NOLIS | Kita-Platz einsetzen, die mehrfache Vergabe von Plätzen kein Thema mehr. Werde einem Kind ein Betreuungsplatz zugewiesen, so sei dies für alle Beteiligten sofort ersichtlich. „Es gibt keine doppelten Anmeldungen mehr“, betont Cordes. Und sollte für ein Kind doch

mal mehr als ein Antrag abgesendet werden, werden Dubletten automatisch erkannt und können einfach zusammengeführt werden. „Da das System auf Dopplungen hinweist, belaufen sich doppelte oder dreifache Zusagen bei uns in Wurzen derzeit auf nahezu null“, freut sich Cornelia Hanspach.

Große Zustimmung findet der Einsatz einer zentralen, trägerübergreifend eingesetzten Vergabe-Software auch bei den Kita-Leitungen, obwohl vor der Einführung teilweise noch Skepsis oder Zurückhaltung zu beobachten war. „Insbesondere die problemlose Abstimmung mit anderen Einrichtungen ist von Vorteil. Die Einrichtungen haben langfristig einen Überblick über den Bedarf an Betreuungsplätzen

und die gewünschten Betreuungszeiten und können das für ihre Planungen nutzen“, erläutert Cornelia Hanspach.

Die Online-Voranmeldung und die digitale Platzvergabe tragen also maßgeblich zu einer effizienten Kita-Platzvergabe bei, während Eltern von einem besonderen Maß an Service profitieren. „Sowohl Eltern als auch Mitarbeitende ziehen ein positives Fazit über die Nutzung der NOLIS-Software. Die Bedienung ist unkompliziert, individuell gestaltbar und vereinfacht die täglichen Arbeitsabläufe in der Verwaltung“, fasst Hans-Jürgen Schenk die Erfahrungen zusammen.

Maren Warnecke ist Produkt-Managerin bei der NOLIS GmbH, Nienburg/Weser.

Anzeige



GovConnect
die IT-Spezialisten für Verwaltungen

Ordnungswidrigkeiten einfach mobil erfassen!

Mit der pmOWI-App - der smarten Lösung zur Verkehrsüberwachung.





GovConnect GmbH
info@govconnect.de
www.govconnect.de

KIVAN erleichtert den **Alltag**

F. von Holwede

Ausgerichtet an den Bedürfnissen der Kunden entwickelt Lecos seit über zehn Jahren das E-Kita-Management-System KIVAN. Die Lösung erleichtert unter anderem in der Stadt Gütersloh die Verwaltung von Bedarfsmeldungen sowie die Vergabe von Betreuungsplätzen.

Seit ihrem Start im Jahr 2008 wurde die Kita-Software KIVAN von Anbieter Lecos fortlaufend weiterentwickelt. Die Anwendung legt den Fokus auf zwei elementare Grundlagen im Kita-Management: die Anmeldung, Vergabe und Verwaltung von Betreuungsplätzen sowie die Abrechnung von Elternbeiträgen, Sonder- und Zusatzleistungen. Mit zahlreichen Funktionen und Modulen gehört KIVAN technologisch zu den bundesweit führenden Kita-Lösungen. Derzeit wird die Software von 1.600 Einrichtungen in ganz Deutschland eingesetzt und erleichtert somit den Arbeitsalltag von unzähligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kita, bei Trägern oder in den Fachbereichen der Kommunen.

Auch Heike Wehmer, Mitarbeiterin im Fachbereich Tagesbetreuung von Kindern bei der Stadt Gütersloh, erfreut sich seit einiger Zeit an der Unterstützung durch KIVAN. In der ostwestfälischen Großstadt wurde die Kita-Management-Software im November 2019 eingeführt. „Wir haben seit 2014 bereits mit einer anderen Kita-Software gearbeitet, die langfristig leider nicht alle unsere Erwartungen erfüllen konnte“, berichtet Wehmer. „Also haben wir uns nach einer Alternative umgesehen. Wir wussten, dass



Gütersloh: Vorteile von KIVAN überzeugen.

die Stadt Harsewinkel im Kreis Gütersloh bereits seit mehreren Jahren mit der Software aus Leipzig arbeitet. Deshalb haben wir beschlossen, uns KIVAN einmal genauer anzuschauen.“ In Harsewinkel war das E-Kita-Management-System in Zusammenarbeit mit IT-Dienstleister regio iT im November 2017 eingeführt worden. Die positive Entwicklung des Projekts veranlasste schließlich den gesamten Kreis Gütersloh dazu, KIVAN flächendeckend zu verwenden. Die Projektleitung liegt hierbei vollständig in der Verantwortung von regio iT.

„KIVAN bietet einfach alles, was wir brauchen. Die bessere Übersichtlichkeit, der strukturierte Auf-

bau der Startseite und die gesamte Handhabung haben mich sehr beeindruckt. Außerdem haben wir nun kreisweit ein einheitliches System in Benutzung, was sehr vorteilhaft ist“, meint Heike Wehmer. Die zweifache Mutter ist bei der Stadt Gütersloh bereits seit mehr als 14 Jahren im Fachbereich Tagesbetreuung von Kindern tätig. Sie arbeitet täglich mit dem Online-Portal und unterstützt unter anderem Eltern bei der Anmeldung mit KIVAN. Die Restplatzvergabe und der Abgleich mit dem Melderegister liegen ebenfalls in Wehmers Aufgabenbereich. Mittlerweile arbeiten alle 54 Kindertageseinrichtungen der Stadt Gütersloh mit der Kita-Management-Lösung. „Unsere Einrichtun-

gen nutzen KIVAN unter anderem, um Bedarfsmeldungen und Platzzusagen zu machen. Auch bei der Vertragsverwaltung ist die Software eine große Unterstützung“, erklärt Heike Wehmer.

KIVAN enthält eine Vielzahl an Funktionen. Aufgrund seiner Modularität lässt sich das System individuell an die einzelnen Kundenbedürfnisse anpassen. Auch in Gütersloh werden die vielfältigen Funktionen der Lösung geschätzt: „Am besten gefällt mir die Kommentarfunktion, die ist wirklich klasse“, sagt Heike Wehmer. „Damit kann ich den Kitas wichtige Detailinformationen zu den Antragstellenden zukommen lassen, welche die Entscheidung über die Platzvergabe positiv beeinflussen können – zum Beispiel, ob es sich um ein

Kind mit Behinderung handelt oder ob es besondere Familienkonstellationen gibt. Auch für mich selbst ist diese Funktion hervorragend für die Dokumentation. Ich kann so immer alle Besonderheiten eines Antrags noch einmal nachlesen.“

Um Eltern schnell und auf kurzem Wege über Veränderungen und Neuigkeiten zu informieren, sei die Möglichkeit, Serien-E-Mails zu verschicken, unabdingbar geworden. „Aber auch die Funktion des EWO-Ableichs, also die Gegenprüfung der Daten mit dem Einwohnermeldefregister, möchte ich nicht mehr missen“, berichtet Wehmer, „keine Doppelanmeldungen mehr und auch kein ‚Schummeln‘ mehr von Eltern, die einen Fremdgemeindeantrag umgehen möchten. Das erspart mir wirklich sehr viel Arbeit.“

Das KIVAN-Team legt großen Wert auf die Zufriedenheit seiner Kunden und auf eine enge Zusammenarbeit. Aus diesem Grund sind die Ansprechpartner immer bereit, Wünsche, Anmerkungen oder Beschwerden entgegenzunehmen. „Auf meine E-Mails bekomme ich nach spätestens 24 Stunden eine Antwort. Die Mitarbeitenden bei KIVAN haben stets ein offenes Ohr und der Austausch klappt wirklich super. Besonders bei der Einführung des neuen Systems war das Team sehr geduldig und freundlich, sodass man sich schnell mit der Kita-Software anfreunden konnte“, zieht Heike Wehmer ein positives Fazit.

Friederike von Holwede ist Content Marketing Managerin bei der Lecos GmbH.

Anzeige

KiTa-Platzvergabe

KiTa Online-Portale – bewährte Prozesse digitalisieren



Online Portale zur Anmeldung für einen KiTa-Platz gibt es viele. Sie treten an, um Eltern eine Plattform zu bieten, sich zentral über die Kitas ihrer Kommune zu informieren und ihr Kind für einen Betreuungsplatz vormerken zu lassen.

Allerdings werden die Erwartungen der Eltern häufig enttäuscht: mal



sind die Informationen nicht ausreichend oder veraltet, mal sind die Kommunikationswege unklar oder umständlich. Und trotz KiTa-Portal kommt es immer noch zu lästigen Doppelzusagen. Dies alles sind sichtbare Effekte nicht optimal umgesetzter Prozesse, und sie bringen für Eltern, Einrichtungen und Kommunen erheblichen Aufwand mit sich.

Die Module kitaVM, mykitavm und kitaTP zur Planung und Vergabe von KiTa- und Tagespflegeplätzen sind so flexibel ausgelegt, dass jede Kommune entscheiden kann, wo bewährte Prozesse digital unterstützt werden sollen und wo eine Optimierung der Abläufe sinnvoll

ist. Auch die schrittweise Anpassung ist möglich. So wird eine zügige, erfolgreiche Digitalisierung der KiTa-Platzvergabe gewährleistet und die Chance erhöht, dass der Service in vollem Umfang angenommen wird. Neben einem flexiblen Portalsystem liegt der Schlüssel zum Erfolg in der engen Abstimmung des Dienstleisters mit Kommune, Trägern und Einrichtungen. Damit gewinnen alle: die Verwaltung bietet ihren Bürgern einen modernen Service, gewinnt Planungssicherheit und reduziert den internen Aufwand für die Vergabe auf ein Minimum. Und die Einrichtungen gewinnen wertvolle Zeit ... für die Kinder!

Fälle effizient bearbeiten

Jörn Bargfrede

In Bremerhaven nutzt sowohl die Bußgeldstelle als auch die Ortspolizei eine App, um Ordnungswidrigkeiten mobil zu erfassen. Im Hintergrund sorgt eine Software für automatisierte Verfahrensabläufe und eine ganzheitliche Sachbearbeitung.

Seit vielen Jahren nutzt die Bußgeldstelle der Stadt Bremerhaven das Fachverfahren pmOWI der Firma GovConnect. Die Software wird zur Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten des fließenden und ruhenden Verkehrs, aber auch bei allgemeinen Ordnungswidrigkeiten eingesetzt. Dazu steht ein Katalog mit über 800 bundesrechtlichen Tatbeständen und einer Vielzahl von landesrechtlichen Vorschriften zur Verfügung, die an örtliche Vorschriften angepasst und entsprechend erweitert wurden. Tatbestände sind beispielsweise Lärmbelästigungen, Verstöße gegen das Halten von Hunden, Verstöße gegen die unterschiedlichsten Corona-Bestimmungen oder die unzulässige Ablagerung von Abfall.

Voraussetzung für schnelle Abläufe ist eine effiziente und vor allen Dingen rechtssichere Fallbearbeitung. Die Software pmOWI zeichnet sich durch einen hohen Automatisierungsgrad aus und unterstützt die ganzheitliche Sachbearbeitung. Sukzessive hat GovConnect das Gesamtsystem um Funkti-

onen wie die Online-Anhörung, pmPayment oder die pmOWI-App erweitert. Durch die Online-Anhörung wird beispielsweise eine medienbruchfreie Kommunikation gewährleistet. Zeugenfragebögen und Anhörungen können die Betroffene-



Bremerhaven: Ordnungsamt und Polizei arbeiten mit Smartphones.*

nen mithilfe eines persönlichen Zugangscodes online beantworten. Viele nutzen diese Rückmeldeoption im Online-Portal bereits – Tendenz steigend.

Für die Sachbearbeitung hat das gleich mehrere Vorteile: Sie wird automatisch über eine Wiedervorlage informiert und kann die Daten direkt in den Vorgang übernehmen. Dadurch entfallen der Posteingang in der Bußgeldstelle sowie die vollumfängliche Datenerfassung in

pmOWI. Fehler bei der manuellen Eingabe werden vermieden.

Ebenfalls seit mehreren Jahren kommt bei der Stadt Bremerhaven auf derzeit 25 Erfassungsgeräten die pmOWI-App für die mobile

Erfassung von Ordnungswidrigkeiten zum Einsatz. Im November 2019 hat sich schließlich auch die Ortspolizeibehörde Bremerhaven zu diesem Schritt entschlossen. Bei ihr sind aktuell zehn Geräte mit der pmOWI-App ausgestattet. Durchschnittlich werden damit circa 700 bis 800 Ordnungswidrigkeiten pro Monat erfasst. „Die Rückmeldungen seitens

der Kollegen der Ortspolizeibehörde Bremerhaven sind durchweg positiv, sie wollen die pmOWI-App in ihrem Dienstalltag nicht mehr missen“, sagt Team-Leiter und Polizeihauptkommissar Michael Zein von der Ortspolizeibehörde Bremerhaven.

* v.l.: Michael Zein, Team-Leiter bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven; Thomas Herbrig, Amtsleiter Bürger- und Ordnungsamt beim Magistrat der Stadt Bremerhaven.

Zu den in Bremerhaven bearbeiteten Zuwiderhandlungen gehören neben dem Parken im Halteverbot beispielsweise HU-Mängelanzeigen, Rotlichtverstöße, die Handy-nutzung am Steuer oder das Fahren ohne Sicherheitsgurt. Auch Barzahlungen werden von der Polizei entgegengenommen und am Ende des Tages bei der hauseigenen Zahlstelle eingezahlt. „Vor der Einführung der pmOWI-App wurden alle Verstöße händisch mittels Datenerfassungsbeleg erfasst“, berichtet Polizeihauptkommissar Zein. „Beweismittel wie Fotos und Wiegekarten mussten separat gefertigt und im Nachhinein dem Vorgang zugeordnet werden. Mit der pmOWI-App können nun alle notwendigen Daten und Beweismittel sofort zum Vorgang hinzugefügt werden. Die technischen Möglichkeiten sowie die damit einhergehende Effizienzsteigerung der Prozesse haben die polizeiliche Arbeit in diesem Bereich optimiert.“

Der Wegfall der Papieranzeigen hat auch Vorteile für die Bußgeldstelle: Die erfassten Daten werden

zusammen mit den Beweisbildern übertragen. Fehler, etwa durch eine unleserliche Schrift, werden vermieden, die Kosten reduziert und der Bearbeitungsprozess beschleunigt. Die Weiterverarbeitung in der Bußgeldstelle des Magistrats der Stadt Bremerhaven kann somit zeitnah erfolgen.

In die pmOWI-App integriert ist die Bezahlösung pmPayment. Auf Verwarnungen wird deshalb ein QR-Code aufgedruckt, der alle relevanten Informationen wie den Betrag und das Kassenzeichen beinhaltet. Scannt der Betroffene den QR-Code mithilfe seines Smartphones ein, kann er das Verwarngeld direkt entrichten. „Als wir uns 1999 für den Einsatz von pmOWI entschieden und bei der Entwicklung maßgeblich beteiligt waren, konnte noch niemand ahnen, dass wir 20 Jahre später für mehrere dutzend Kolleginnen und Kollegen eine App im Außendienst im Einsatz haben würden, die die Anzeigenaufnahme und die anschließende Verarbeitung weiter vereinfacht. Und jetzt sogar in Kooperation mit unserer Ortspo-

lizeibehörde“, sagt Thomas Herbrigg, Leiter des Bürger- und Ordnungsamts beim Magistrat der Stadt Bremerhaven. „pmPayment rundet die Prozesse ab und sorgt nicht nur bei uns, sondern auch beim Bürger für einen Service, der sehr gut angenommen wird.“

Für die Zukunft zieht das Bürger- und Ordnungsamt unter anderem den Einsatz des Auftrags- und Meldungsmanagements in Erwägung. Durch die Erfassung und Bearbeitung von Aufträgen und Meldungen ließe sich der Innen- und Außendienst besser vernetzen. Zudem will die Stadtverwaltung mit weiteren Anbindungen an pmPayment das digitale Portfolio ausbauen – auch vor dem Hintergrund des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Es stehen mehr als 40 Integrationen zur Verfügung, mit denen sich pmPayment in Kombination mit kommunalen Fachverfahren, Formularen und Content-Management-Systemen im Einsatz befindet.

Jörn Bargfrede ist Leiter Vertrieb & Marketing bei der GovConnect GmbH.

Anzeige



Ihr Partner rund um
die regionale **Glasfaser-**
Infrastruktur.

**BERATEN.
PLANEN.
VERNETZEN.**

Komplett privatwirtschaftlich

T. Fuchs

Der gesamte Neckar-Odenwald-Kreis erhält ein flächendeckendes Glasfasernetz. Das Projekt kommt dabei ohne einen Cent an Steuer- oder Fördergeldern aus.

Und es geht doch: Schon bis Ende 2024 oder früher soll ein kompletter Landkreis mit 27 Kommunen mit Glasfaser ausgebaut werden. Mit dem ersten Spatenstich in der Kommune Aglasterhausen Ende Juni 2021 hat dieses Leuchtturmprojekt im baden-württembergischen Neckar-Odenwald-Kreis einen wichtigen Meilenstein erreicht. Noch nie wurde in Deutschland ein ganzer Landkreis am Stück und flächendeckend mit Glasfaser ausgebaut. Umso bemerkenswerter ist, dass die Investitionen von über 120 Millionen Euro komplett privatwirtschaftlich vom Gesellschafter Infracapital des ausbauenden Netzbetreibers BBV Deutschland

aufgebracht werden und das Projekt ohne einen Cent an Steuer- und Fördergeldern auskommt.

Vom Erstkontakt zwischen dem Landkreis und dem Unternehmen BBV im Februar 2020 bis zum Spatenstich vergingen gerade einmal 16 Monate. Das gemeinsam formulierte Ziel galt von Beginn an als sehr ambitioniert. Denn die Telekom hatte den Landkreis im Jahr 2018 zu 97 Prozent mit Vectoring erschlossen. Branchenvertreter waren daher skeptisch, ob sich die Haushalte und Betriebe nach dem jahre-

langen intensiven Werben der Telekom kurzfristig für einen Wechsel von Kupfer zur Glasfaser begeistern lassen würden. Der Vermarktungsstart fiel außerdem genau in die ersten Pandemiemonate und stand die meiste Zeit unter dem Zeichen des Lockdowns. Allerdings zwang die Corona-Pandemie alle Beteilig-



Spatenstich in Aglasterhausen.

ten auch zum Umdenken. Haushalte und Betriebe erkannten zunehmend die Bedeutung leistungsfähiger Breitband-Infrastrukturen für alle Lebensbereiche. Zeitgleich entwickelte die BBV alternative Vermarktungsideen und intensivierte indirekte Vertriebskanäle.

So entwickelte sich in den letzten drei Monaten der sechsmonatigen Vermarktung ein gewaltiger Nachfrageschub. Hinzu kam ein im Glasfasermarkt ungewöhnliches Angebot. Symmetrische Dienste als Standard, beginnend bei 300 Mega-

bit pro Sekunde im Up- und Download für 40 Euro bis hin zu einem Gigabit pro Sekunde für 90 Euro im Monat sowie ein kostenfreier Haus- und Glasfaseranschluss auf den ersten zehn Metern. Als erster Anbieter gewährte die BBV zudem allen Kunden für ihre toni-Internet-Produkte eine einmonatige Vertragslaufzeit.

Die im Markt sonst übliche zweijährige Vertragsbindung entfiel.

Das vorgegebene Ziel von 14.600 Verträgen wurde bereits Anfang März 2021 drei bis vier Wochen vor dem offiziellen Vermarktungsende erreicht. Bis zum Ausbaubeginn haben sich über 24.000 Privat- und Geschäftskunden für den

Wechsel entschieden. Das entspricht einer Quote von 34 Prozent. In manchen Kommunen liegt die Glasfaserquote sogar schon zwischen 50 und 60 Prozent. Wenn erst einmal die Bagger rollen, erwarten alle Beteiligten einen weiteren Nachfrageschub. Da Open Access zur Unternehmensphilosophie von BBV gehört, dürften nach Fertigstellung auch andere Anbieter am Markt Interesse an einem Zugang zum kreisweiten Glasfasernetz haben.

Thomas Fuchs ist Geschäftsführer von fuchs media Consult, Gummersbach.

Die Rahmenbedingungen stimmen

Im Interview spricht Manfred Maschek, Geschäftsführer des Unternehmens Breitbandversorgung Deutschland (BBV), über die Vorteile des privatwirtschaftlichen Glasfaserausbaus.

Herr Maschek, welche Attribute schreiben Sie dem Unternehmen BBV zu?

Die BBV lebt als Pionier des privatwirtschaftlichen Ausbaus Glasfaser. Sie kommt, vermarktet, baut, betreibt und bleibt. Mit unseren Angeboten wollen wir den Markt vorantreiben.

Welche Rolle spielt Ihr Gesellschafter und Investor Infracapital?

Ohne unseren Gesellschafter, den langfristig orientierten Infrastrukturingestalter Infracapital, wäre das Projekt im Neckar-Odenwald-Kreis undenkbar. Nach seinem Einstieg im Juni 2020 konnten wir neue Wege gehen. Ein Quantensprung für den Markt ist das Vorvermarktungsziel von kreisweit 20 Prozent der anschließbaren Liegenschaften, um mit dem Ausbau beginnen zu können. Diese Marke liegt beim Wettbewerb üblicherweise bei 35 bis 40 Prozent. Dahinter steht ein ausgeklügeltes Konzept einschließlich Open Access, das wir auf alle anderen Ausbaugebiete übertragen.

Wo sind Sie aktiv?

Wir konzentrieren uns auf den flächendeckenden Ausbau großer Gebiete und ganzer Landkreise in Baden-Württemberg. Daneben sind wir in Thüringen und Rheinland-Pfalz tätig. Für Glasfaserausbauprojekte stehen uns in den kommenden drei bis vier Jahren über 500 Millionen

Euro zur Verfügung. Zudem sind wir an Partnerschaften und Beteiligungen an Stadtwerken und Netzbetreibern interessiert.

Wie verlief die bisherige Zusammenarbeit im Neckar-Odenwald-Kreis?

Vorbildlich. Der enge Schulterschluss aller Beteiligten war die Basis für die erfolgreiche Vermarktung. Die zu Projektbeginn entwickelte Aufteilung des über 1.100 Quadratkilometer großen Landkreises in Ausbau-Cluster überführen wir aktuell in konkrete Planungen für den Aufbau der kreisweiten Glasfaserverbindungsstrecken und der Infrastrukturen in den Kommunen. Wichtig ist, dass die BBV und jede Kommune jeweils einen festen Ansprechpartner für Planung, Genehmigungen und Ausbau bestimmen. Zudem wollen wir alle Ausbauschritte und Zeitabläufe mit dem Kreis und den Gemeinden für alle sichtbar koordinieren und zusammenführen. Für den Ausbau sind über ein Dutzend Tiefbauunternehmen am Start.

Welche wichtigen Erkenntnisse ziehen Sie aus dem Projekt?

Kreisweite privatwirtschaftliche Projekte sind in enger Kooperation möglich und können in Zukunft bundesweit einen signifikanten Beitrag für den beschleunigten Glasfaserausbau leisten. Dabei sollte Privat immer Vorfahrt vor dem Staat



Manfred Maschek

haben. Leider ist das noch nicht überall angekommen. Bei unserem Projekt stimmen die Rahmenbedingungen. Es gibt feste Ansprechpartner und den Willen, die notwendigen Genehmigungsverfahren in enger Zusammenarbeit zu realisieren. Das ist jedoch eher die Ausnahme. Vielerorts wird die Frage „Förderprojekt oder eigenwirtschaftlicher Ausbau“ leider immer noch eher in Richtung Förderung beantwortet. Oft spielen dabei starke Eigeninteressen eine Rolle. So gibt es neben hervorragend arbeitenden Zweckverbänden auch einige, die dem eigenwirtschaftlichen Ausbau bewusst Steine in den Weg legen. Sie missverstehen staatliche Förderung und versuchen, auf Kosten der Steuerzahler – und somit der Bürger – Glasfasernetze aufzubauen und in Eigenregie zu betreiben. Dass das in eine Sackgasse führt und das Ausbautempo entschleunigt, merken sie gerade. Zudem müssen sie den Bürgern erklären, warum der privatwirtschaftliche Glasfaserausbaubeginn in Nachbarkommunen rasch voranschreitet, wohingegen ein Ausbaubeginn bei ihnen noch nicht einmal absehbar ist und dann auch noch extra kostet.

Interview: Thomas Fuchs

Bäume smart bewässern

Michael Meiser

Die smarte Bewässerung von Stadtbäumen wird derzeit in Kornwestheim erprobt. Eine Software berechnet mit Daten aus dem kommunalen Anwendungsbereich den Wasserbedarf des jeweiligen Stadtgrüns und ermöglicht eine optimale Tourenplanung.

Zeitungsberichte über massenhaft vertrocknete Bäume in verschiedenen deutschen Kommunen und die Abgabe von Gießkannen an die Bewohner, um dem entgegenzuwirken, haben bei mm-lab nach dem Dürrejahr 2018 einen Denkprozess angestoßen: Wie könnten Kommunen bei der Pflege des städtischen Baumbestands unterstützt werden? Das auf innovative Telematikanwendungen spezialisierte Unternehmen erarbeitete daraufhin eine Lösung. Die Idee: Daten aus dem kommunalen Anwendungsbereich sollen analysiert und kombiniert werden, um eine ressourcenschonende und bedarfsorientierte, mobile Bewässerung zu ermöglichen. Dazu sollten rund um vorhandene Software weitere Komponenten zu einem System zusammengeführt werden.

Der Startschuss für die „Smarte mobile Bewässerung von Stadtbäumen“ fiel im Juli 2020, zunächst auf eigenes Risiko. Mittlerweile wird das Vorhaben im Rahmen eines vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderten ZIM-Projekts (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand) entwickelt. Die umfangreiche Lösung wird das Portfolio von mm-lab passend ergänzen, das bereits den Winterdienst, die Stadtreinigung,

die Entsorgung und weitere kommunale Prozesse adressiert. Das Know-how zu garten- und städtebaulichen Themen bringen die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim und die Stadt Kornwestheim in das Vorhaben ein.

Nach knapp einem Jahr Entwicklungszeit nahm das Bewässerungsprojekt im Mai 2021 im wahrsten Sinne des Wortes Fahrt auf: Ein Gießfahrzeug der Kommune wird technologisch aufgerüstet und unterstützt die Testphase des Gesamtsystems. Abgegebene Wassermengen werden pro Baum aufgezeichnet, sodass nicht nur die Gießhistorie des Baums, sondern auch Wirksamkeitsanalysen und andere Verbesserungen erfasst werden können. An mehreren Standorten messen zudem Bodenfeuchtesensoren, wie viel Wasser den Bäumen in verschiedenen Tiefen zur Verfügung steht. Junge Bäume, deren Wurzel noch nicht voll ausgeprägt ist, sind besonders anfällig für Trockenstress. Die rechtzeitige Vorhersage von gefährlicher Trockenheit im Bereich der Wurzel soll der Stadtgärtnerei dabei helfen, zielgerichtet und mit der optimalen Wassermenge zu gießen.

Arthur Teuber ist Produkt-Manager bei mm-lab und Projektleiter

des Kornwestheimer Vorhabens. Er aktiviert die Übertragung der Sensordaten im LoRaWAN-Netzwerk der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim, die das Projekt nicht nur mit ihrer LoRaWAN-Infrastruktur, sondern auch mit eigenen Sensoren unterstützen. Die mm-lab Entwicklungsmannschaft kombiniert die Daten der verschiedenen Sensorstandorte mit Daten des Deutschen Wetterdienstes sowie dem Baumkataster der Stadtgärtnerei. Letzteres stellt Informationen zu Art, Alter, Größe und Standort der Kornwestheimer Bäume bereit. „Ohne das Fachwissen und die Erfahrung der Mitarbeiter der Stadtgärtnerei wären wir aufgeschmissen“, sagt Arthur Teuber. Neben den Informationen der Stadtgärtnerei hat mm-lab inzwischen ein umfangreiches Netzwerk zu Sensorlieferanten und wissenschaftlichen Instituten hergestellt, für die die Konsequenzen des Klimawandels Gegenstand von Forschung und Entwicklung sind.

Die von der Software ermittelte Auswahl der zu gießenden Bäume und anderer Anpflanzungen sowie die berechnete Gießmenge fließen nach Bestätigung oder Änderung durch die Stadtgärtnerei in einen automatisierten Tourenplanungsprozess ein. Die Tourenplanung

berücksichtigt die Wassertankkapazität des Gießfahrzeugs, sodass der Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß möglichst gering bleiben. Zum Nachtanken wird der Fahrer rechtzeitig zu einem passenden Hydranten geführt.

Mithilfe der optimierten Touren führt das System die Gießfahrzeuge zu denjenigen Bäumen mit besonders großem Durst. Via Tablet wird dem Fahrer der Weg gezeigt, auf Basis einer besonders genauen Satellitenposition der richtige Baum identifiziert und die abzugebende Wassermenge gesteuert. „Wir hoffen, mit unserer Entwicklung dazu beizutragen, dass weniger Bäume in den immer heißer und trockener werdenden Sommern absterben“, sagt Arthur Teuber. „Denn gesunde Bäume sind wichtig für unser Stadt-

klima. Sie kühlen ihr Umfeld durch Verdunstung, binden Feinstaub und beschatten unsere Wege.“

Eine besondere Herausforderung der bedarfsorientierten Bewässerung ist das komplexe Wechselspiel von Niederschlägen, Temperatur, Luftfeuchte, Wind und verschiedenen Bodendaten. Diese Daten sind von Ort zu Ort unterschiedlich und sowohl rückblickend als auch für Vorhersagen relevant. Die notwendige Anpassbarkeit an die spezifische Umgebung einer Kommune war eine wesentliche Erkenntnis im Entwicklungsprozess der Bewässerungslösung. Unterschiedliche vertragliche Regelungen von Kommunen bei der Anpflanzung und Pflege von Jungbäumen mussten ebenso in der Software adressiert werden wie die Implementierung anpassbarer

Gießstrategien. Mittlerweile stößt die im baden-württembergischen Kornwestheim erarbeitete Lösung auf das Interesse anderer Kommunen. „Ansprechend ist vor allem der gesamtheitliche und durchgängige Lösungsansatz“, sagt Arthur Teuber. „Da wir bereits eingeführte und getestete Komponenten erweitern und mit neuen Verfahren integrieren, können wir überzeugende Präsentationen bei Interessenten durchführen und sind bislang durchweg auf Begeisterung gestoßen.“ Er fügt hinzu: „Wir sind noch offen für Leuchtturmprojekte mit weiteren Kommunen, die sich mit mm-lab den Zukunftsthemen Klimawandel und Digitalisierung stellen möchten.“

Michael Meiser ist Geschäftsführer bei der mm-lab GmbH, Kornwestheim.

Automatisierte Dokumenterstellung durch Integrationen

Früher hat man Daten einzeln erfasst, verarbeitet und abgelegt. Bei Änderungen reihte sich ein Vorgang an den anderen und die Anfälligkeit für Fehler war extrem hoch. Heute ist alles ganz einfach! Und dank SmartDocuments unglaublich effizient – auch und gerade wenn es um den Austausch von Daten mit Drittanwendungen geht.



Maximale Zeit sparen und große Sicherheit gewinnen: Die perfekte

Integration in die gängigsten DMS Lösungs-Anbieter macht es möglich. Dank plattformunabhängiger Technologie übernimmt SmartDocuments wichtige Metadaten und fügt diese automatisch im Dokument ein. Inhalte werden durch Abhängigkeiten logisch gesteuert und im Dokument an der richtigen Stelle hinzugefügt. SmartDocuments speichert das Dokument im Nachhinein wieder automatisch im DMS ab. Dokumente werden so schneller, besser und konform zu Unternehmensstandards erstellt.

Und das ist viel wert, wie zum Beispiel Torsten Wolter, Verfahrensbetreuer beim Landkreis Oldenburg betont: „Durch die nahtlose Integra-

tion von SmartDocuments in die Fachapplikation können die Sachbearbeiter die benötigten Bescheide, Anschreiben, Berichte usw. direkt aus der Fachapplikation heraus erstellen.“

Wenn Sie mehr darüber und zu den Lösungen von SmartDocuments erfahren möchten, kontaktieren Sie uns einfach unverbindlich für ein erstes Gespräch.



Christian Mettner
Vertriebsleiter D/A/CH
cmettner@smartdocuments.de
+49(0)228-37728808

Der Blick gen Norden

Bettina Distel

Um die Verwaltungsdigitalisierung voranzutreiben, richtet sich der Blick immer stärker nach Norden – gelten skandinavische Länder wie Dänemark hierbei doch als Vorreiter. Aber lassen sich Lösungen aus dem Nachbarland überhaupt auf Deutschland übertragen?

Während in Deutschland die Verwaltungsdigitalisierung nur langsam vorankommt, setzen sich Estland und die skandinavischen Länder als Vorreiter immer weiter ab. Daher richtet sich der Blick aus Deutschland verstärkt auf diese Länder, in der Hoffnung von den dortigen Erfolgen lernen zu können; insbesondere mit dem Nachbarland Dänemark steht Deutschland im engen Erfahrungsaustausch. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der dänischen und der deutschen E-Government-Strategie bestehen und inwiefern der Blick in die Ferne die Verwaltungsdigitalisierung vor Ort tatsächlich positiv anstoßen kann.

Diesen Fragen geht die Kurzstudie „Nationale E-Government-Strategien: Deutschland und Dänemark im Vergleich“ des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ) nach. In der Studie werden die Nationale E-Government-Strategie Deutschlands und die dänische Strategie „A stronger and more secure digital Denmark“

als jeweils richtungsweisende und politikbestimmende Rahmenwerke analysiert und verglichen – sowohl mit Blick auf formale als auch auf inhaltliche Aspekte. Hieraus erge-



Dänemark ist ein Leuchtturm bei der Digitalisierung.

ben sich spannende Einblicke in Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Strategien und somit in die länderspezifischen Perspektiven auf die Verwaltungsdigitalisierung.

Bereits der formale Vergleich der Strategien zeigt, dass in Dänemark die Digitalisierung unter anderen Bedingungen diskutiert wird als in Deutschland. So ist die dänische

Strategie für die Jahre 2016 bis 2020 die bislang letzte in einer Reihe von Strategien, die bis ins Jahr 2001 zurückreichen. Sie ist damit Teil eines historisch gewachsenen

Verständnisses von Digitalisierung, verweist auf deren Potenziale und baut auf bisherigen Erfolgen auf. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass in der dänischen Strategie häufig auf bereits existierende, zentrale Lösungen verwiesen wird, die für weitere Maßnahmen genutzt und weiterentwickelt werden können – weil sie sowohl in der Verwaltung als auch bei Unternehmen

und Bürgern bereits als geltender Standard akzeptiert sind.

Zentrale Systeme, welche die Digitalisierung in Dänemark tragen, sind die NemID und NemLogin, digitale Identifikationsmöglichkeiten für Verwaltungsdienstleistungen, Finanztransaktionen und private Dienstleister, Digital Post, eine landesweit genutzte Lösung zur di-

Link-Tipp

Die Kurzstudie des NEGZ kann hier kostenlos bestellt werden:

- <https://negz.org/projekte-publikationen>

gitalen und rechtssicheren Kommunikation mit Behörden, Borger.dk, ein zentrales Portal, über das Verwaltungsdienstleistungen bezogen werden können und schließlich NemKonto, über das Zahlungen an und von Behörden abgewickelt werden können.

Demgegenüber fokussiert die Nationale E-Government Strategie Deutschlands als Fortschreibung der ursprünglichen Strategie aus dem Jahr 2010 stark den Status quo der Verwaltungsdigitalisierung und schafft erst den Rahmen und die notwendige Infrastruktur dafür, die in Dänemark bereits gegeben sind. Zentrale Lösungen, auf denen weitere Maßnahmen und Initiativen aufbauen könnten, fehlen in Deutschland bislang oder werden – wie die eID oder De-Mail – nicht flächendeckend genutzt.

Entsprechend unterscheidet sich die inhaltliche Ausrichtung beider Strategien. In Deutschland thematisiert sie insbesondere Strukturen der Verwaltung und Aspekte des Datenschutzes sowie der Datensicherheit. Damit richtet sie sich eher nach innen, an Behörden und Entscheidungsträger in den Verwaltungen – wenngleich auch die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen explizit als Adressaten der Strategie aufgeführt werden. Im Fokus steht jedoch die Schaffung der notwendigen Infrastruktur.

Die dänische Strategie richtet sich zwar ebenfalls mit konkreten Maßnahmen an die Verwaltungen, ist aber stärker nach außen orientiert und kann als Marketing-Instrument verstanden werden, das nicht allein über die teils weitreichenden Digitalisierungsmaßnahmen informiert,

sondern insbesondere Akzeptanz für und Vertrauen in diese Maßnahmen aufbauen soll. Immer wieder wird deshalb in der dänischen Strategie auf den nationalen Kontext verwiesen, der sich durch ein besonders hohes Vertrauen der Bürger in die Verwaltung und in elektronisch angebotene Dienstleistungen und damit eine insgesamt hohe Akzeptanz für Digitalisierungsmaßnahmen auszeichnet. Entsprechend häufig werden die Vorteile der Verwaltungsdigitalisierung für Bürger und Unternehmen herausgestellt oder auf das gesteigerte Innovationspotenzial für die Wirtschaft verwiesen.

Die unterschiedliche Sichtweise auf das Thema Digitalisierung zeigt sich auch am Blick beider Länder auf den rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen Maßnahmen umgesetzt werden können. Während in Deutschland das Recht als Grundlage der E-Government-Strategie betrachtet wird und somit die vorgeschlagenen Maßnahmen bestimmt, wird der rechtliche Rahmen in Dänemark als etwas verstanden, das Digitalisierung ermöglichen und den vorgeschlagenen Maßnahmen angepasst werden sollte.

Was aber kann Deutschland bei so vielen Unterschieden noch von Dänemark lernen? Und wo müssen ganz eigene, neue Wege beschritten werden? Die offensichtlichen Unterschiede – etwa die Größe des Landes, die Kultur oder den Verwaltungsaufbau betreffend – ebenso wie weniger offensichtliche Unterschiede, die sich im Vergleich der Strategien beider Länder offenbaren, zeigen zwei Dinge deutlich: Zum einen sollten Entscheidungsträger, Verwaltungen und Regierun-

gen den nationalen Kontext, in dem Digitalisierungsinitiativen stehen, stärker hervorheben und berücksichtigen. So verlockend der Blick gen Norden und in jüngster Zeit auch gen Osten ist, so schwierig ist es, Lösungen aus Dänemark oder – wie zuletzt von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier gefordert – aus Estland auf Deutschland zu übertragen. Denn in der Analyse der dänischen Strategie wird deutlich, dass diese Länder ein anderes Grundverständnis von Digitalisierung, deren Zweck sowie vom Verhältnis zwischen Staat und Bürgern haben. Teilweise ist dies auch in der jeweiligen nationalen Kultur begründet und verankert. Lösungen, die für die eine Kultur und Gesellschaft funktional und praktikabel sind, müssen in einem anderen Kontext nicht zu vergleichbaren Ergebnissen führen.

Zum anderen zeigt sich, dass ein Austausch auf internationaler Ebene gerade zwischen Vorreitern und Nachzüglern dann fruchtbar und richtungsweisend sein kann, wenn dabei nicht nur Erfolge und Best Practices in den Blick genommen werden, sondern auch Worst Practices. Denn längst nicht jedes Vorhaben lässt sich erfolgreich umsetzen. Mit Blick auf die lange Historie der Verwaltungsdigitalisierung in Dänemark ließen sich durchaus nützliche Erkenntnisse gewinnen. Versuche, mit denen das Land gescheitert ist, könnten die Digitalisierung in Deutschland inspirieren, ohne sie als Blaupause zu begreifen.

Bettina Distel ist Research Associate beim ERCIS – European Research Center for Information Systems an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Von Spanien nach Österreich

R. Grasgruber-Kerl

Städte in Spanien, Frankreich, Finnland oder der Schweiz nutzen das E-Partizipationsangebot Decidim, um ihre Bürger an Entscheidungen zu beteiligen. Mit Decidim.Austria realisiert der Dachverband IGO jetzt eine österreichische Version der Plattform.

Mit innovativen Prozessen und Technologien können der Bevölkerung sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten in der Politikgestaltung eingeräumt werden. Barcelona, Helsinki, Luzern und Genf sowie viele weitere Städte, Gemeinden und Organisationen weltweit arbeiten dafür mit der digitalen Bürgerbeteiligungsplattform Decidim. Diese ist kostengünstig und von der Ideensammlung über Konsultationen bis hin zur Entscheidungsfindung sind viele Einsatzbereiche denkbar. Nun kommt Decidim auch nach Österreich.

E-Partizipation unterstützt Politik und Verwaltung dabei, unterschiedliche Perspektiven, Meinungen und Ideen im Sinne einer informierten Regierungsführung einzuholen. Sie hilft Bürgerinnen und Bürgern, ihren politischen Willen auszuüben, stärkt das bürgerschaftliche Engagement und die demokratische Kultur. Wichtig bei der Realisierung von Beteiligungsangeboten ist eine gute Konzeption, damit die Einbindung der Bürger durchdacht, inklusiv, aber auch effizient, gut handhabbar und nachhaltig ist. Die Beteiligungsplattform Decidim bietet dafür eine gute Grundlage und entwickelt sich dank des Open-Source-Prinzips kontinuierlich weiter.



Das Beteiligungsportal Decidim wurde ursprünglich in Barcelona entwickelt.

Seinen Ursprung nahm das Angebot in Barcelona, wo es aus der zivilgesellschaftlichen Plattform Barcelona En Comú (katalanisch für: Barcelona Gemeinsam) hervorging, die im Vorfeld der Kommunalwahlen 2015 verschiedene soziale und politische Organisationen zusammenbrachte. Die Entwicklung von Decidim verfolgte das Ziel, die Art, wie Politik gemacht wird, grundlegend zu verändern, und möglichst viel Transparenz und Partizipation zu ermöglichen. Seit 2016 ist das Beteiligungsportal fest in der Lokalpolitik Barcelonas verankert – die Stadt hat sich per Gesetz dazu verpflichtet, ab einem bestimmten Budget ihre Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen zu beteiligen.

Mittlerweile wird Decidim in vielen weiteren spanischen sowie französischen Städten und Gemeinden eingesetzt. Auch in der finnischen Hauptstadt Helsinki, in New York City, in Genf oder Mexiko Stadt können Bürger sich über das Portal einbringen. Und im Mai 2021 starteten die EU-Kommission und das Europäische Parlament mit der „Conference on the Future of Europe“ auf Basis von Decidim den historisch wohl breitesten Beteiligungsprozess. Die EU-Bürger sind hierbei eingeladen, ihre Vorschläge zu zentralen Zukunftsthemen der

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://decidim-austria.org>

Europäischen Union einzubringen. Dank der Verbindung von Online- und Live-Angeboten, die alle über die Plattform koordiniert werden, können interessierte Menschen oder Organisationen via Decidim selbstständig thematisch passende Veranstaltungen organisieren.

Eine bewährte Funktion der Beteiligungsplattform sind partizipative Budgets. Einer der international größten Prozesse findet in Helsinki statt. Die finnische Hauptstadt hat 8,8 Millionen Euro für die Verwirklichung der Wünsche ihrer Einwohner bereitgestellt. Die Ideen werden gemeinsam zu Vorschlägen konkretisiert, über welche die Bewohner abstimmen können. Die Vorschläge mit den meisten Stimmen sollen realisiert werden. 2021 wurden fast 500 Vorschläge eingebracht und diskutiert, über die im Herbst abgestimmt werden soll. 2022 will Helsinki mit der Umsetzung der meistgewählten Projekte starten, was auf der Plattform transparent mitverfolgt werden kann. Es ist bereits das zweite Mal, dass die Stadt einen solchen Bürgerhaushalt umsetzt. Aus dem Prozess 2019/2020 wurden 44 Ideen und Projekte gewonnen, sie reichen von Dienstleistungsangeboten für ältere Menschen über sichere Schulwege bis hin zu Trampolinen für Parks oder mehr Bäumen für die Stadt.

New York City, Toulouse oder Zürich arbeiten ebenfalls mit den partizipativen Budgets von Decidim. Die Plattform ist jedoch nicht nur etwas für Metropolen. Auch kleinere Städte wie Luzern bauen ihre Stadtportale damit auf. In der Schweiz wird gerne mit der Umfragefunktion von Decidim gearbeitet, um die Einschätzung der Bevölke-

rung zu konkreten Fragestellungen in Erfahrung zu bringen. Auf dem sehr umfassenden Portal Dialog-Luzern fällt neben den Vernetzungsmöglichkeiten zur Belebung des Stadtlebens die Transparenz auf, denn es werden Sitzungen des Großen Stadtrats live übertragen, Protokolle geteilt und Online-Sprechstunden abgehalten.

Decidim ist modular aufgebaut, seine Funktionen lassen sich individuellen Bedarfen entsprechend kombinieren. Die Flexibilität und die Dynamik der Plattform durch mehr als 100 international aktive Programmierer waren für die Interessenvertretung Gemeinnütziger Organisationen (IGO) die Hauptgründe, Decidim nach Österreich zu holen. Darüber hinaus konnte der Fokus auf demokratische, soziale und datenschutzrechtliche Standards überzeugen. Unterstützt wird Decidim.Austria von netidee, einer großen Open Source Internet-Förderaktion.

Dem Vorhaben vorangegangen war ein gemeinsames Projekt von GovLabAustria, einem Innovationslabor des Dachverbands IGO mit dem österreichischen Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) sowie der Donau-Universität Krems. Das Projekt „Transparenz und Partizipation in der Rechtsetzung“ widmete sich der Erarbeitung zukunftsrelevanter Fragestellungen und Bürger-fokussierter Lösungsansätze im Rahmen eines offenen Experimentierraums. Dass qualitativ hochwertige Online-Beteiligungsplattformen für die Umsetzung dieses Anliegens von enormem Vorteil sein können, wurde dabei evident und gab für die IGO den

Anstoß für das Vorhaben Decidim.Austria.

Da Decidim die derzeitigen Anforderungen für die partizipative Arbeit an für die Gesetzgebung notwendigen Texten noch nicht erfüllt, entwickelt die IGO diese Funktion gemeinsam mit IT-Experten weiter, um in Abstimmung mit der Decidim-Community und nationalen Stakeholdern eine nutzerfreundliche und praxistaugliche Umgebung dafür zu schaffen. Dank des Open-Source-Prinzips werden Politikgestaltende in Österreich und weltweit davon profitieren.

Decidim.Austria soll der öffentlichen Hand auf Gemeinde-, Länder- und Bundesebene die Möglichkeit geben, professionelle Beteiligungsprozesse mit einem international erprobten Instrument durchzuführen. Der Dachverband IGO will Decidim.Austria in den nächsten Jahren auch als Unternehmen weitertragen.

Romy Grasgruber-Kerl ist beim Dachverband IGO Initiatorin und Projektleiterin für das Vorhaben Decidim.Austria.



**Folgen Sie
Kommune21
auf Twitter:**

twitter.com/kommune21

Gemeinsamen Nenner finden

Als Chef der Dienststelle für die digitale Verwaltung soll Cédric Roy die E-Government-Entwicklung im Kanton Wallis vorantreiben. Im Kommune21-Interview beschreibt er, vor welchen Herausforderungen er dabei steht und welche Ziele er sich gesteckt hat.

Herr Roy, Sie haben Anfang Mai dieses Jahres die Stelle des Chefs der Dienststelle für die digitale Verwaltung des Kantons Wallis angetreten. Aus welchen Gründen hat sich der Kanton für die Schaffung dieser Position entschieden?

2019 hat der Staatsrat des Kantons Wallis definiert, in welche Richtung er bei der E-Government-Entwicklung gehen möchte. Um die Strategie umzusetzen, ist einerseits eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden und halbstaatlichen Einrichtungen, andererseits die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer nötig – natürliche Personen, Unternehmen und Behörden aller drei institutionellen Ebenen. Form und Angliederung der Organisation, die mit dieser Herausforderung beauftragt ist, werfen verschiedene Fragen auf. Handelt es sich um ein rein technisches Problem, das einem Informatikdienst anzugliedern ist, oder sind Organisation und Betrieb der gesamten Institution betroffen, was eine Angliederung an die Staatskanzlei rechtfertigen würde? Wie lassen sich die Kontakte zu den Gemeinden am besten regeln und wie erhält die Organisation ausreichend institutionelles Gewicht, um die gewünschten Fortschritte im E-Government zu erzielen? Der Walliser Staatsrat hat sich, um die

Bedeutung der digitalen Verwaltung zu unterstreichen, entschieden, eine separate Dienststelle zu schaffen und sie Diensten wie den Finanzen, dem Personal-Management oder der Informatik gleichzustellen.

Sie waren bereits bis Ende 2015 als E-Government-Verantwortlicher im Kanton Wallis tätig, bevor Sie als Leiter der Geschäftsstelle zur Organisation E-Government Schweiz gewechselt sind. Was hat Sie gereizt, nun an Ihre alte Wirkungsstätte zurückzukehren?

In den fünf Jahren bei E-Government Schweiz hatte ich die Gelegenheit, mich mit den politischen und strategischen Facetten der digitalen Verwaltung zu befassen. Die Herausforderung meiner Funktion bestand darin, die verschiedenen Positionen des Bundes, der 26 Kantone und der über 2.200 Gemeinden in der Schweiz auf eine Linie zu bringen. Sie können sich vorstellen, dass deren Standpunkte nicht immer kompatibel waren. Gemeinsam konnten die drei institutionellen Ebenen wichtige Projekte vorantreiben. Diese Gelegenheit erhalte ich jetzt beim Kanton Wallis erneut. Es wird alles andere als einfach werden, die fünf Departemente und ihre 70 Dienststellen mit den über 120 französisch- oder deutschsprachigen Gemeinden in der Talebene



Cédric Roy

sowie den Bergregionen mit ihren mehr als 300.000 Einwohnern auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Die Universität Bern hat 2018 erstmals ein Digitalisierungsranking der Kantone aufgestellt, das Wallis bildete damals das Schlusslicht. Wie ist der Kanton heute aufgestellt?

Ich bin kein großer Fan von Rankings, sondern halte es für wirkungsvoller, die Fortschritte eines Landes oder eines Kantons zu messen. Welches sind die laufenden Projekte, welche Investitionen wur-

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- www.egovernment.ch
- www.vs.ch/de

den bereits vorgenommen? In diesem Sinne muss sich das Wallis alles andere als hinten anstellen: So war es beispielsweise der erste Kanton, der seine Regierungsrats- und Großratssitzungen papierlos abhielt sowie eine kantonale digitale Identität einführte. Auch wenn dieser Schwung zwischenzeitlich abgeflacht ist, ist das Wallis noch immer ein Innovationsstandort und wir vertrauen darauf, rasch Fortschritte erzielen zu können.

umfangreiche Überlegungen im Gange, welche Governance-Modelle wir im Gesetz verankern werden. Gleichzeitig müssen gemeinsame Finanzierungsszenarien vorgeschlagen werden, bei denen sowohl Kantone als auch Gemeinden auf ihre Kosten kommen. Vom interkantonalen Standpunkt aus und unter Betrachtung unserer Beziehungen mit dem Bund muss so rasch wie möglich ein neuer Gesetzesentwurf zu elektronischen Identifi-

Welche Schwerpunkte werden in dieser gesetzt?

Seit dem 1. Januar 2020 ist die E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 von Bund, Kantonen und Gemeinden in Kraft. Als Instrument für die Strategieumsetzung dient ein Umsetzungsplan mit aktuell 21 Zielen und zahlreichen Maßnahmen. Dabei geht es beispielsweise um den Ausbau und die Verbesserung des Online-Angebots

„Der digitale Kanal soll zur ersten Wahl im Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung werden.“

Welche Ziele haben Sie sich für die ersten Jahre im Amt gesetzt?

Priorität hat sicherlich der Vorentwurf zum Gesetz über die digitale Verwaltung, den ich bis Winter beim Staatsrat einreichen möchte. Damit einhergehend schweben mir eine Strategie für die nächsten vier Jahre sowie ein Implementierungsplan mit Zahlen und Fakten vor. Ich kann bereits jetzt sagen, dass diese Texte ambitioniert ausfallen werden und das Parlament über einen Verpflichtungskredit abstimmen müssen wird. Zudem möchte ich den Departementen und Dienststellen konkrete Unterstützung bieten, beispielsweise bei der digitalen Identität oder der elektronischen Unterschrift. Das sind Themen, die sicher auch die Städte und Gemeinden interessieren werden.

Vor welchen Schwierigkeiten stehen Sie?

Die zweifellos größte Herausforderung wird es sein, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Stellen aufzubauen. Es sind bereits

zierungsmitteln auf den Tisch gebracht werden, nachdem das E-ID-Gesetz am 7. März 2021 vom Schweizer Stimmvolk abgelehnt wurde. Auch wenn wir dieses Ergebnis akzeptieren müssen, ändert es nichts an der Tatsache, dass die Schweiz gegenüber anderen europäischen Ländern weiter ins Hintertreffen gerät.

Welche konkreten Projekte kommen als erstes zur Umsetzung?

Einiges habe ich bereits erwähnt. Zu den weiteren Vorhaben, die dringend beschleunigt werden müssen, zählt etwa das Projekt eBau, das die elektronische und medienbruchfreie Eingabe und Bearbeitung von Baubewilligungen auf kommunaler und kantonaler Ebene möglich machen würde. Ein anderes Beispiel ist die Lösung eUmzug, die man auf sämtliche Walliser Gemeinden erweitern sollte. Damit lassen sich Umzüge innerhalb der Schweiz online melden.

Sie sind Mitverfasser der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023.

oder die Bereitstellung von Basisdiensten wie eine staatlich anerkannte elektronische Identität oder gemeinsam nutzbare Datenregister. Prägende Projekte sind unter anderem der Ausbau des Unternehmensportals EasyGov.swiss, die Neuausrichtung von E-Voting oder der Aufbau eines Nationalen Adressdienstes. Ein Schwerpunkt wird zudem auf die Bereiche Vertrauen und Wissen gelegt: Initiiert wurden etwa Projekte zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten zur Stärkung des Vertrauens in elektronische Behördendienste oder zur Förderung der Kenntnisse von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung. Gemäß dem strategischen Leitbild Digital First soll der digitale Kanal zur ersten Wahl im Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung werden. Bund, Kantone und Gemeinden sollen die digitalen Behördendienstleistungen für die Bevölkerung und Wirtschaft so attraktiv, einfach und sicher gestalten, dass diese gerne und rege genutzt werden.

Interview: Bettina Schömig

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government 50
- CMS | Portale / Spezial-Software 51
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement / 52
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 53
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / E-Partizipation 54
- IT-Security / IT-Infrastruktur / Breitband / Consulting 55
- Komplettlösungen 55-57

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-2	 Governikus KG	Governikus GmbH & Co. KG Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7		Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8		S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de	S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.

E-Government

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-2	 <p>DAS KOMMUNALE CMS iKISS</p>	<p>ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de</p>	<p>Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.</p>
D-2	 <p>ProCampaign®</p>	<p>c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune</p>	<p>Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.</p>
D-3	 <p>NOLIS</p>	<p>NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de</p>	<p>Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.</p>
D-4	 <p>sitepark</p>	<p>Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com</p>	<p>Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.</p>
D-7	 <p>SEITENBAU</p>	<p>SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com</p>	<p>SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.</p>
D-3	 <p>KDN.SOZIAL Kommunale IT</p>	<p>KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de</p>	<p>Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.</p>
D-3	 <p>BARTHAUER SOFTWARE</p>	<p>Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de</p>	<p>Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.</p>
D-7	 <p>AIDA ORGA Geschäftsführungssysteme</p>	<p>AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de</p>	<p>AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.</p>
D-8	 <p>G&W</p>	<p>G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de</p>	<p>CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.</p>
D-9	 <p>LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Weblösungen</p>	<p>LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de</p>	<p>Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.</p>

D-0		Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassistraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Teilnehmungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Teilnehmungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Teilnehmungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	Finanzwesen
D-2		xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-2		CloudIX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS! Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	E-Procurement
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-1		DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	
D-5		subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7		TEK-SERVICE AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-SERVICE AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-4	 <p>GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p>LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p>Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	Dokumenten-Management
D-4	 <p>Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p>d.velop public sector GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector</p>	Die d.velop public sector GmbH (ehemals codia) ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.	Dokumenten-Management
D-7	 <p>comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p>GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.	Dokumenten-Management
D-9	 <p>PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7	 <p>DSV Service Vielfalt. Dynamik. Qualität.</p>	<p>DSV Service GmbH Ansprechpartnerin: Vera Knoop Am Wallgraben 115 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de</p>	<p>Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.</p>	E-Formulare
D-7	 <p>Kohlhammer</p>	<p>W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de</p>	<p>Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.</p>	E-Formulare
D-2	 <p>rexx systems</p>	<p>rexx systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com</p>	<p>rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.</p>	Personalwesen
D-3	 <p>NOLIS</p>	<p>NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de</p>	<p>NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.</p>	E-Formulare
D-7	 <p>MHM MHM-HR.COM</p>	<p>MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com</p>	<p>MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.</p>	E-Formulare
D-5	 <p>hallo Kai! Kann alles inventarisieren</p>	<p>hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de</p>	<p>Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.</p>	Inventarisierung
D-2	 <p>CC e-gov GmbH www.cc-egov.de</p>	<p>CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de</p>	<p>ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.</p>	Sitzungsmanagement
D-3	 <p>STERNBERG Sitzungsmanagement</p>	<p>STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net</p>	<p>STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.</p>	RIS Sitzungsmanagement
D-5	 <p>more! software mehr leistung • mehr service • mehr mensch</p>	<p>more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de</p>	<p>more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.</p>	Sitzungsmanagement
D-6	 <p>WER DENKT WAS</p>	<p>wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de</p>	<p>Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.</p>	E-Partizipation

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	IT-Infrastruktur
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-3		goetel GmbH Tüchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de	Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen / Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert.	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Albersloher Weg 11, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon IT-Logistics GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen

D-2	 Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0)451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	 IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 9714-0 Fax: +49 (0)441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0)2051 / 944-0 Fax: +49 (0)2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4		PROSOZ Hertzen GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Hertzen Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Hertzen hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4		JCC Software Mendelstrasse 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5		Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0)611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelten, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (9/2021) erscheint am 31.08.2021



Zukunft der Verwaltungsarbeit

Die Corona-Pandemie hat auch in der öffentlichen Verwaltung den Trend zur Digitalisierung und zum mobilen Arbeiten beschleunigt. Das führt zu einem Paradigmenwechsel in der Verwaltungskultur und stellt neue Anforderungen an Führungskräfte.



Geo-Community trifft sich

Live und digital greift die Kongressmesse INTERGEO im September aktuelle Trends im Bereich Geodaten-Management auf. Zu den Schwerpunkten zählen die Themen Building Information Modeling (BIM), Drohnen und Smart City.



Geräte sicher verwalten

Bei der Auswahl einer Mobile-Device-Management-Lösung gibt es für IT-Verantwortliche einiges zu beachten. Weitere Themen in der Informationstechnik sind Bauwesen, Zeiterfassung und Fachverfahren für das Ausländerwesen.



Papier hat ausgedient

Dass die Umstellung auf die elektronische Aktenführung notwendig ist, hat die Corona-Krise verdeutlicht. Erfurt, Tübingen und die Region Hannover zählen zu den Kommunen, die den Abschied vom Papier schon eingeläutet haben.

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schöming (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun (in Elternzeit)
Thomas Nolte (Volontär)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Heike Wolf
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6239
E-Mail: h.wolf@k21media.de

Seit dem 1.1.2021 gilt die Preisliste Nr. 21 der Media Information 2021.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr: 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

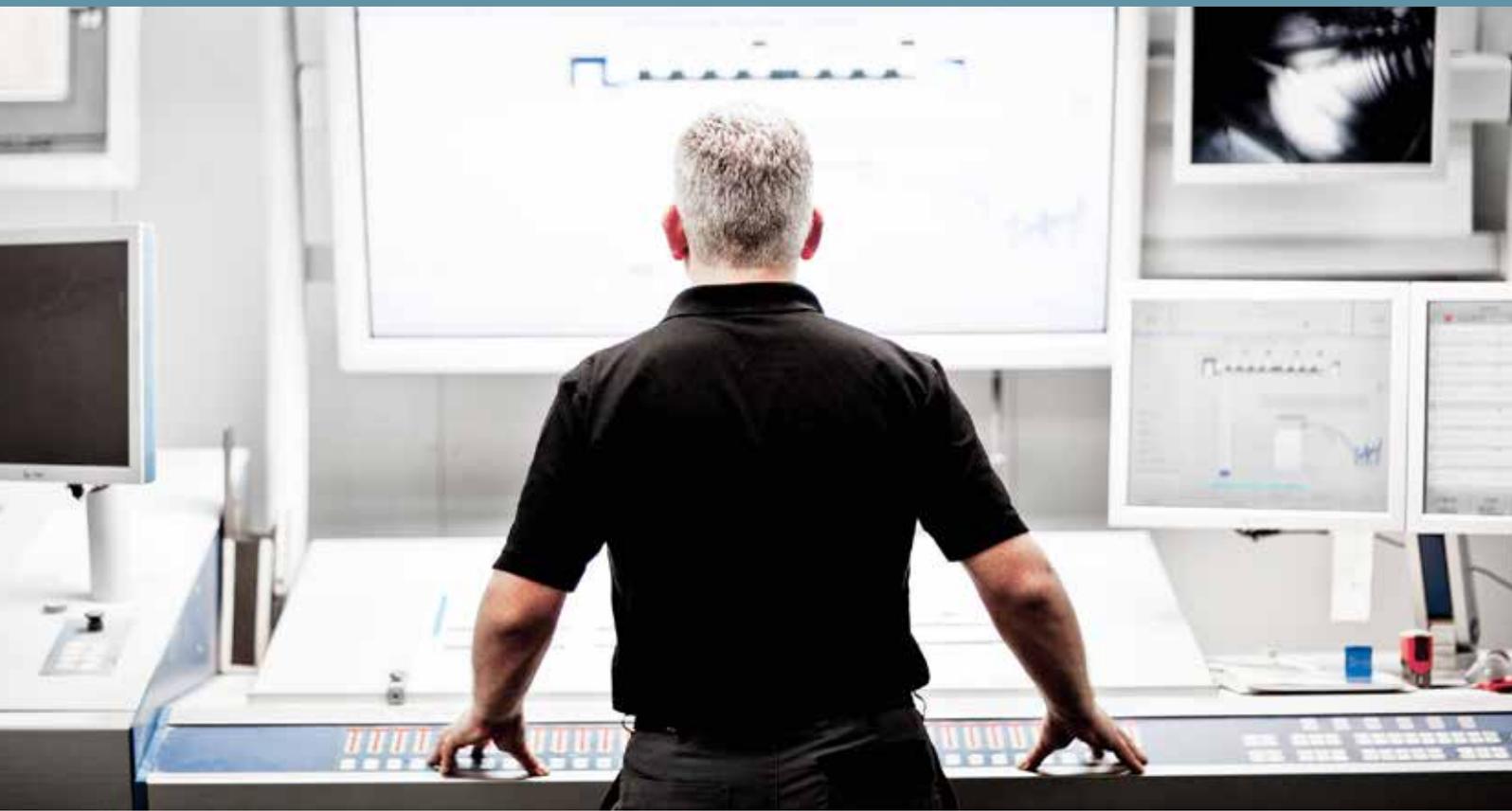
© Copyright 2021 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

BBV Deutschland (33); BillionPhotos.com/stock.adobe.com (50); BRIAN_KINNEY/adobe.stock.com (38); fotos52/stock.adobe.com (16); Gettyimages, Malcom P Chapman (10); GovConnect GmbH (30); juhumbert/adobe.stock.com (36); Jürgen Altmann (3); Kanton Wallis (40); Katharina Berndt, GK 115 (Titel, 24); Landeshauptstadt München/Dominik Parzinger (18); Landratsamt Starnberg (7); maglara/stock.adobe.com (50); Mirjam Claus/stock.adobe.com (21); NOLIS (26); opolja/stock.adobe.com (50); Ruslan Ivantsov/stock.adobe.com (50); Sentinelum (22); Sergey Nivens/stock.adobe.com (Titel); Stadt Gütersloh/Detlef Güthenke (28); SWS Computersysteme AG (14); Thomas Fuchs (32); zapp2photo/adobe.stock.com (4, 12)

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB	U4	Form-Solutions	15	Optimal Systems	9
Axians Infoma	7	GovConnect	27	SmartDocuments Deutschland ..	35
BBV Deutschland	31	K21 media	39	Trinuts	29
CC e-gov	3	KGSt	5	Vereon	23
Communal-FM	Beilage	Kommunix	17, 19	Branchenindex IT-Guide ...	42 - 49
Druckerei Raisch	U3	NOLIS	U2		



MIT DRUCK KÖNNEN WIR SEHR GUT UMGEHEN.

Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchtertstraße 14 · 72770 Reutlingen
Tel. 07121 / 5679-0 · info@druckerei-raisch.de
www.druckerei-raisch.de

Raisch 
D R U C K T



**»Also, ich sehe eine
neue Zeit der Gelassenheit.«**

Und was sehen Sie? Kommunen, Bürger und Unternehmen, die Online-Dienste der eGovSuite nutzen, entdecken ein ganz neues Zeitgefühl.

**z.B. AKDB eGovSuite und
Bürgerservice-Portal**

Für Behördengänge Urlaub nehmen, Schlange stehen oder hektisch auf die Tube drücken? Nie mehr! Aufs Amt kann man auch ganz entschleunigt zu jeder Tages- und Nachtzeit. Mit der AKDB eGovSuite und ihren über 120 OZG-konformen Online-Diensten. Das sorgt für entspannte Bürger und zufriedene Unternehmer. Und entlastet neben Ihren Verwaltungs-Mitarbeitern auch noch das Klima.

*Möglichkeiten
überall*

AKDB